



**Bericht zu den demografischen  
und wirtschaftsstrukturellen  
Veränderungen in Brandenburg**

## **Staatskanzlei des Landes Brandenburg**

### **Herausgeber:**

Referat Öffentlichkeitsarbeit der Staatskanzlei,  
Koordination der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung  
Ansprechpartnerin: Frau Petra Hentschel  
Tel.: (03 31) 8 66-13 88  
Fax (03 31) 8 66-14 14  
E-Mail: [petra.hentschel@stk.brandenburg.de](mailto:petra.hentschel@stk.brandenburg.de)

### **Redaktion:**

Staatskanzlei des Landes Brandenburg  
Projektgruppe „Demografische Entwicklung“  
Heinrich-Mann-Allee 107  
14473 Potsdam  
Stand: Februar 2004

## Vorwort

### Den demografischen Wandel in Brandenburg gestalten

In Brandenburg hatte – anders als in den übrigen ostdeutschen Ländern und trotz all der großen Veränderungen – die Bevölkerungsentwicklung langjährig ein positives Vorzeichen, vor allem, weil viele Menschen aus Berlin sich für Brandenburg entschieden haben. Erstmals kehrte sich dieser Trend im Jahr 2001 ins Gegenteil um, weil der Zuspruch aus der Hauptstadt nicht mehr die viel zu niedrige Zahl neu geborener Kinder und die Abwanderungen ausgleicht. Dieser Trend wird auf lange Sicht anhalten: Nach den gegenwärtigen Prognosen wird Brandenburg im Jahr 2020 mit etwa 180.000 Einwohnern fast soviel Einwohner weniger haben als heute im Landkreis Märkisch-Oderland leben.

Viele junge Menschen, dabei insbesondere junge Frauen, gehen dorthin, wo sie die Chance sehen, sich eine Existenz nach ihren Vorstellungen aufzubauen. Sie gründen ihre Familien, bekommen dort und nicht in Brandenburg ihre Kinder und fehlen uns hier somit als Elterngeneration. Aber sie fehlen uns auch als innovative Leistungsträger für die Zukunft. Zusätzlich nimmt durch die Steigerung unserer Lebenserwartung der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung deutlich zu. All dies führt jedoch dazu, dass der Lebensbaum unserer Gesellschaft, den man früher mit dem Bild einer Pyramide beschreiben konnte, zunehmend die Form einer schlanken Pappel mit verbreiteter Krone annimmt. Wir müssen uns für die Zukunft darauf einstellen, dass unser langjährig ausbalanciertes Generationengleichgewicht ins Wanken gerät.

Die demografischen Rahmenbedingungen für Brandenburg sind auf lange Sicht vorgezeichnet. Nach der mit dem „Bericht der Landesregierung zu den Auswirkungen der demografischen und wirtschaftsstrukturellen Veränderungen in Brandenburg“ vorgenommenen ehrlichen Bestandsaufnahme muss die Debatte auf allen Ebenen darüber fortgeführt werden, wie der demografische Wandel in Brandenburg durch Anpassungsstrategien und Gegensteuern begleitet und gestaltet werden kann. Dabei gibt es keine Patentrezepte. Alle sind gefragt. Jeder, der politische oder soziale Verantwortung trägt, muss an seinem Platz nach Lösungen suchen. Die skandinavischen Länder haben bei ihrer dünnen Besiedelung bewiesen, dass trotzdem die Sicherung der Daseinsvorsorge, Spitzenergebnisse im Bildungsbereich und auch wirtschaftliche Stärke möglich sind.



Matthias Platzeck

Ministerpräsident des Landes Brandenburg

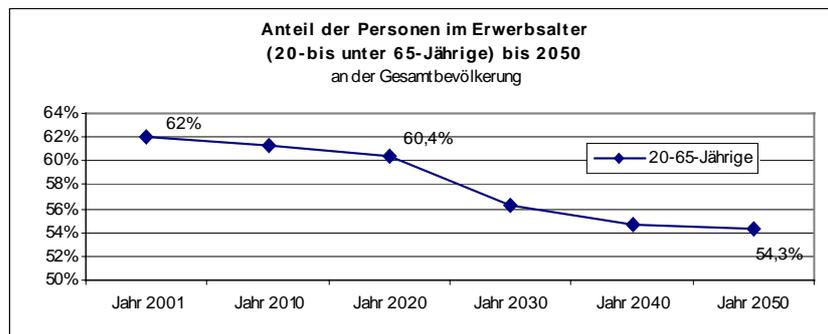
# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Demografische Entwicklung als Herausforderung für die Politik.....</b>	<b>5</b>
<b>2</b>	<b>Demografische Veränderungen .....</b>	<b>9</b>
<b>2.1</b>	<b>Zahlen und Fakten .....</b>	<b>9</b>
<b>2.2</b>	<b>Bevölkerungsprognosen im Land Brandenburg .....</b>	<b>10</b>
2.2.1	Annahmen der Bevölkerungsprognose bis 2020 .....	10
2.2.2	Ergebnisse der Bevölkerungsprognose bis 2020.....	12
2.2.3	Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung über das Jahr 2020 hinaus .....	15
<b>3</b>	<b>Strukturelle Rahmenbedingungen in Brandenburg .....</b>	<b>16</b>
<b>3.1</b>	<b>Wirtschaft .....</b>	<b>16</b>
3.1.1	Mögliche zukünftige Entwicklungen .....	16
3.1.2	Wirtschaftsstruktureller Wandel in Brandenburg von 1990 bis heute.....	18
3.1.3	Wirtschaftspolitische Möglichkeiten zur Beeinflussung des wirtschaftsstrukturellen Wandels.....	20
3.1.4	Weitere Rahmenbedingungen zum wirtschaftsstrukturellen Wandel .....	22
<b>3.2</b>	<b>Öffentliche Finanzen .....</b>	<b>24</b>
<b>3.3</b>	<b>Soziale Sicherungssysteme.....</b>	<b>27</b>
<b>4</b>	<b>Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft .....</b>	<b>29</b>
<b>5</b>	<b>Ausblick .....</b>	<b>43</b>
	<b>Anmerkungen .....</b>	<b>45</b>

## Demografische Entwicklung als Herausforderung für die Politik

Bevölkerungsrückgang und Anstieg des Altersdurchschnitts der Bevölkerung sind keineswegs neu oder etwas, das sich auf Brandenburg beschränkt, sie sind ein europäisches Thema. Der Begriff der „alten Welt“ erhält europaweit eine neue Bedeutung. Der demografische Wandel und seine Auswirkungen auf die Gesellschaft stehen im Visier der wissenschaftlichen und politischen Beobachtung. Sowohl auf europäischer Ebene wie auch im Bund, in anderen Bundesländern und in der Wirtschaft wird überlegt, wie den Herausforderungen sinkender Einwohnerzahlen und einer älter werdenden Bevölkerung begegnet werden kann.<sup>1</sup>

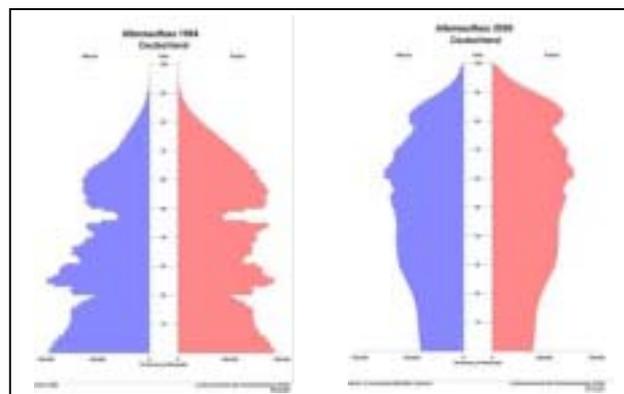
Bis 2050 wird in Deutschland insgesamt mit einem Rückgang der Bevölkerung von heute 82,5 Mio. auf 65-75 Mio. Einwohner - je nach Höhe der Zuwanderung - gerechnet. Das Verhältnis von Rentnern zu Menschen im Erwerbsalter wird sich dramatisch verschieben. Arbeiten heute zwei Erwerbstätige für einen Rentner, wird es 2050 nur noch einer sein.



Quelle: Statistisches Bundesamt, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, Tabelle 5, mittlere Lebenserwartung, mittlere Zuwanderung von mind. 200.000 Personen/Jahr

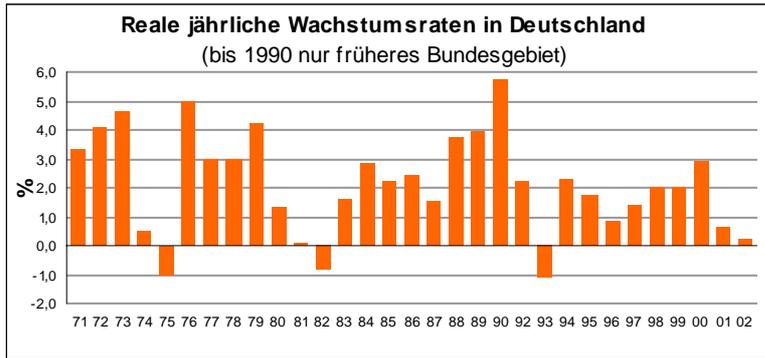
Mit dem Ausscheiden der stark besetzten Jahrgänge aus dem Erwerbsleben werden Veränderungen in allen sozialen Sicherungssystemen unumgänglich. Der nach Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in den 60er Jahren stark ausgebaute Sozialstaat wird sein hohes Leistungsniveau zurückfahren müssen. Die Umverteilungsspielräume der damals relativ günstigen demografischen (niedrige Alterslast) und wirtschaftlichen Situation (Wachstum, Vollbeschäftigung) existieren nicht mehr.

**Abb. Altersaufbau Deutschland:  
von der „Fichte“ zur „Pappel“  
1964 2050**



Quelle: Statistisches Bundesamt, [www.destatis.de](http://www.destatis.de), LUA Brandenburg

Inzwischen hat sich nicht nur das zahlenmäßige Verhältnis von Beitragszahlern und Leistungsempfängern deutlich verschoben, auch die Wachstumsdynamik hat sich nachhaltig und spürbar verlangsamt, verbunden mit hoher struktureller Arbeitslosigkeit: Wuchs in den 70er Jahren das Bruttosozialprodukt um durchschnittlich 3 % pro Jahr, waren es in den 90er Jahren nur noch 1,5 %. Die Folge ist, dass die öffentlichen Haushalte inzwischen chronisch defizitär scheinen, nicht zuletzt auch unter der Last der Ausgaben für die soziale Sicherung.

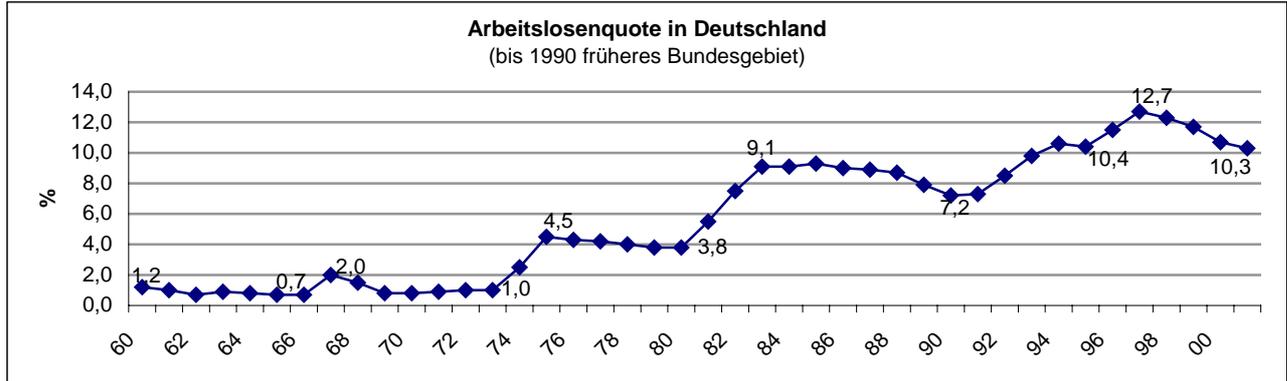


**Ausgaben der öffentlichen Haushalte**  
(einschließlich Sozialversicherung) für soziale Sicherung:

1975: 47,2 %, 2.057 € je Einwohner  
2000: 53,4 %, 6.244 € je Einwohner

[http://www.destatis.de/download/d/fist/fist\\_aufgaben.pdf](http://www.destatis.de/download/d/fist/fist_aufgaben.pdf)

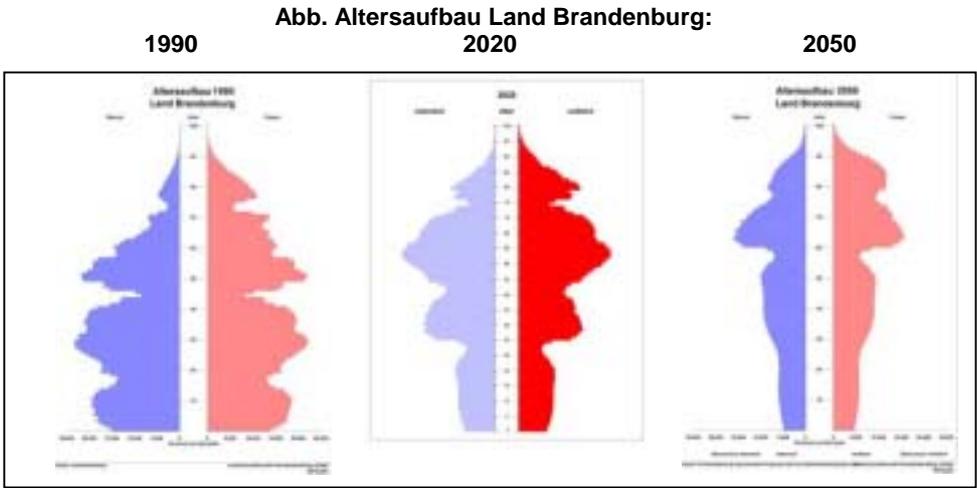
Quelle: Arbeitskreis volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Nürnberg

Deutschland hat weltweit die höchste Zahl an Kinderlosen; insbesondere Gut- und Hochqualifizierte bleiben zunehmend ohne Nachwuchs. Die Entscheidung zwischen Kind und Karriere stellt sich für Frauen und Paare vor allem beim ersten Kind. Aber selbst wenn „ab sofort jede Frau jene 2,1 Kinder zur Welt brächte, die rechnerische zum Erhalt einer Bevölkerung notwendig sind, würde sich die Einwohnerzahl erst im Jahr 2080 stabilisieren.“<sup>2</sup>

Im Land Brandenburg war der demografische Wandel zunächst durch den massiven Geburtenrückgang nach der Wende („Wendeknick“), Abwanderungen in die alten Länder und Zuwanderungen aus Berlin in den engeren Verflechtungsraum geprägt. Der äußere Entwicklungsraum (äE) hat dabei in der Zeit von 1990 bis 2001 rund 166.000 Einwohner verloren.



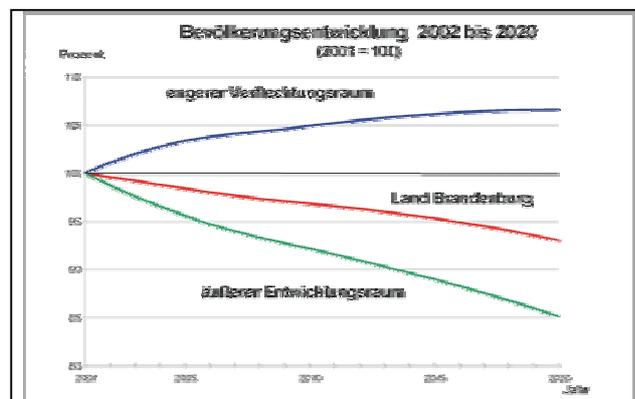
Quelle: LDS, LUA, Bevölkerungsprognose Land Brandenburg 2002 bis 2020

Während 1989 noch rund 33.000 Kinder geboren wurden, sank die Zahl der Neugeborenen in den Folgejahren um nahezu zwei Drittel auf den historischen Tiefstand von nur noch 12.240 Geburten. Inzwischen werden jährlich etwa 18.000 Kinder geboren. Der skizzierte Einschnitt wird sich als demografisches Echo ab dem Jahr 2020 wiederholen.

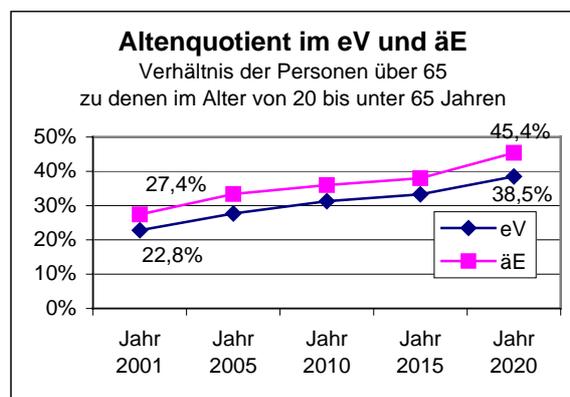
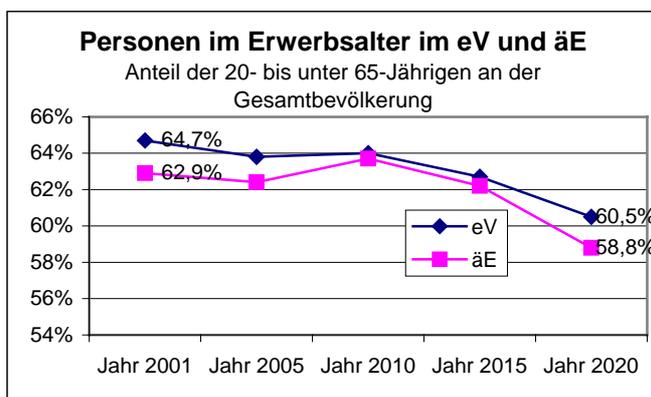
Die Auswirkungen des Wendeknicks haben seit Mitte der 90er Jahre die Einrichtungen der Kinderbetreuung und die Schulen erreicht und dort zu Kapazitätsanpassungen geführt: Zuerst im Bereich der Krippen, dann der Kitas, der Grundschulen und Horte, nunmehr bei den Schulen der Sekundarstufen 1 und den Jugendeinrichtungen, in Zukunft bei der gymnasialen Oberstufe und den Berufsschulen. Insofern ist ein Teil der Auswirkungen des demografischen Wandels im Bereich der öffentlichen Einrichtungen bereits verarbeitet.

So ernst die Verluste im äußeren Entwicklungsraum und der Geburtenrückgang mit seinen Folgen im Betreuungs- und Bildungsbereich seit den 90er Jahren waren, Brandenburg konnte als einziges der neuen Länder dank der Zuzüge aus Berlin eine stabile Bevölkerungszahl vorweisen und damit seine einwohnerbezogenen Haupteinnahmen halten. Darauf kann in Zukunft nicht mehr gesetzt werden.

Die Bevölkerungsprognose 2020, die diesem Bericht zugrunde liegt, liefert nun ein räumlich feinkörniges Bild über die zukünftige Zahl, die Verteilung und die Altersstruktur der Einwohner im Land Brandenburg. Für den Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes und den äußeren Entwicklungsraum zeichnen sich unterschiedliche demografische Entwicklungslinien ab, die sich zusätzlich nach urbanen, suburbanen, ländlichen und peripheren Räumen differenzieren lassen. Brandenburg wird im Jahr 2020 gegenüber 2001 sieben Prozent weniger Einwohner haben. Dabei verliert der äußere Entwicklungsraum 14,9%, während der engere Verflechtungsraum um 6,6 % wächst.



Ändern wird sich auch die Alterstruktur. Ergebnis von Geburtendefizit und steigender Lebenserwartung ist eine alternde Gesellschaft. Ist heute jeder sechste Brandenburger im Rentenalter, so wird es im Jahr 2020 bereits jeder vierte sein.



Quelle: LDS, LUA, Bevölkerungsprognose Land Brandenburg 2002 bis 2020, S. 158, 164

Das hat für alle Einwohner und Institutionen ganz unterschiedliche Auswirkungen, für den Einzelnen als Verbraucher, für die Wirtschaft als Anbieter und Arbeitgeber und für Kommunen, Kreise und Land als Anbieter von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen.

Einige Folgen des Bevölkerungsrückgangs zeichnen sich schon heute klar ab: weniger Einwohner bedeuten weniger Wachstumsdynamik und weniger Einnahmen des Landes, denn wesentlicher Maßstab der Steuerverteilung und weiterer Zuweisungen ist die Einwohnerzahl. Im Rahmen des horizontalen und vertikalen Finanzausgleichs werden dem Landeshaushalt unter Status-quo-Bedingungen bis zum Ende des Betrachtungszeitraumes insgesamt bis zu rd. 400 Mio. € weniger an Einnahmen zur Verfügung stehen. Inwieweit der ab 2015 deutlich werdende Rückgang der Personen im Erwerbsalter zusätzliche Auswirkungen auf die Einnahmenseite hat, ist von zahlreichen Variablen abhängig (Besteuerung der Altersrenten, Renteneintrittsalter, Wirkungsweise des Länderfinanzausgleichs), so dass hier eindeutige Aussagen über die finanziellen Wirkungen nicht möglich sind. Mittel- und langfristig muss jedoch damit gerechnet werden, dass die demografisch bedingten Einnahmeausfälle zusammen mit der degressiven Ausgestaltung des Soli II bis 2019 den Konsolidierungsdruck verschärfen.

Die prognostizierte demografische und wirtschaftsstrukturelle Entwicklung wirft auch die Frage nach der Zukunft der Randregionen des Landes Brandenburg auf, insbesondere im Hinblick auf Art. 44 der Landesverfassung, der gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Landesteilen als Ziel formuliert.

Ein vergleichender Blick in die Skandinavischen Länder zeigt, dass auch in Zukunft eine ausreichende Infrastrukturversorgung für dünn besiedelte Landesteile Brandenburgs möglich ist. Selbst Landesteile mit halb so großer Einwohnerdichte wie in der Uckermark sind dort nicht von Versorgung und öffentlichem Leben abgehängt. Und auch Brandenburg-eigene Erfahrungen zeigen, dass etwa flexible Organisation und mobile Dienstleistungen eine Antwort auf sinkende Einwohnerzahlen sein können. Die Region Lausitz-Spreewald erarbeitet seit 2002 Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang im Rahmen eines raumordnerischen Modellvorhabens des Bundes.<sup>3</sup> Den wachsenden Handlungsbedarf in den Städten verdeutlicht der Stadtumbaubericht 2002 des Landes Brandenburg.

Kommunale, regionale und staatliche Vorsorge in der „Fläche“ wird sich aber wandeln (müssen), das wird im Gegenzug von jedem Einzelnen eine Änderung der bisher „gewohnten“ Lebensmuster und –ansprüche verlangen. Fragen nach staatlichen Kernaufgaben, Fördermitteleinsatz und Entwicklungsvorstellungen werden unter demografischen Aspekten neu zu beantworten sein.

Der vorliegende Bericht stellt die Auswirkungen der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2020 auf die einzelnen Politikbereiche dar und gibt dazu Analysen und erste Einschätzungen der Ressorts wieder. Ziel ist es, den Blick für die zu erwartenden Entwicklungen zu schärfen, Problembewusstsein zu schaffen und - aufbauend auf dieser Analyse – einen Dialog der gesellschaftlichen Gruppen anzustoßen. U.a. wurden folgende Fragen aufgeworfen:

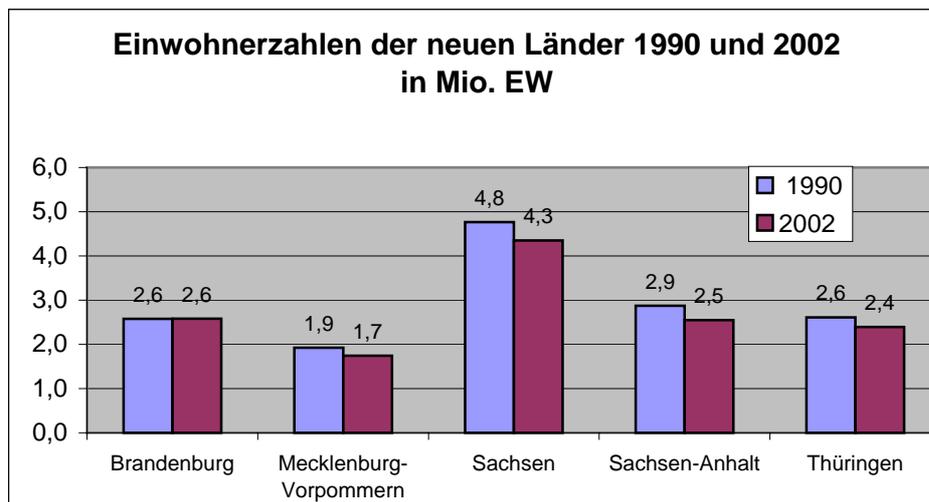
- Wie kann den Trends des Bevölkerungsrückgangs entgegen gewirkt werden?,
- Wie können Beschäftigungspotenziale zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg besser ausgenutzt werden?,
- Wie kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden?
- Wie ist eine Grundversorgung mit sozialer, kultureller und technischer Infrastruktur für den ländlich-peripheren Raum sicherzustellen?
- Welche Vorschläge gibt es für annehmbare Leistungsreduzierungen?

Antworten zu finden, Konzepte für Anpassungs- bzw. Änderungsstrategien zu entwickeln, ist Aufgabe aller in naher Zukunft.

# Demografische Veränderungen

## 1.1 Zahlen und Fakten

Die gegenüber den anderen neuen Bundesländern günstigere Bevölkerungsentwicklung im Land Brandenburg ist auf die Wanderungsgewinne aus der Hauptstadt Berlin zurückzuführen.



Im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes (eV Bbg) gleicht dieser Wanderungsgewinn seit 1993 die Geburtendefizite mehr als aus, so dass eine Bevölkerungszunahme um 182.100 Personen bis zum Jahre 2002 (seit 1990) eingetreten ist, während im gleichen Zeitraum der äußere Entwicklungsraum (äE) einen Rückgang um 189.100 Personen verzeichnete. Damit verschärfen sich die Disparitäten zwischen den beiden Teilräumen.

Nachdem sich die Abwanderungen in die alten Bundesländer in den Jahren 1994 bis 1996 auf einem negativen Saldo von 5.000 bis 6.000 Personen eingependelt hatten, sind sie seitdem wieder deutlich angestiegen (2001: 15.800; 2002:14.000 Personen)

Von der Abwanderung sind die jüngeren Altersgruppen (und darunter die weiblichen Personen) besonders stark betroffen. Der Wanderungsverlust von Frauen zwischen 18 und 30 Jahren betrug allein im äußeren Entwicklungsraum 27.200 Personen von 1993 bis 2000. Das waren annähernd 5 % dieser Altersjahrgänge, mit steigender Tendenz.

Das hat zur Folge, dass im Land Brandenburg in Zukunft ein großer Teil der potenziellen Mütter fehlen wird, was verstärkende Rückwirkungen auf die Geburtenrate haben wird. Die aktuelle Prognose geht bis zum Jahre 2020 von einem Rückgang der Frauen im Alter zwischen 20 und 30 Jahren um 56.400 Personen = 43 % aus.

Der Einwohnerrückgang im äußeren Entwicklungsraum betrifft überwiegend die größeren Städte. Dort werden die Geburtendefizite durch Wanderungsverluste verstärkt, Wanderungsziele sind das jeweilige Umland (Suburbanisierung), häufiger aber die alten Bundesländer und teilweise Berlin auf Grund fehlender Arbeits- und Ausbildungsplätze. Dagegen erzielen etwa zwei Drittel der kleineren Brandenburger Gemeinden (< 2.000 EW) Wanderungsgewinne, wenn auch absolut in geringen Größenordnungen. Es handelt sich dabei überwiegend um Gemeinden, die von Suburbanisierung profitieren oder an der Ansiedlung von Aussiedlern partizipieren.

Der im Jahre 2001 eingeleitete Bevölkerungsrückgang im Land Brandenburg wird sich bis zum Jahre 2020 stetig fortsetzen und bis zu diesem Zeitpunkt eine Größenordnung von rund 180.000 Personen (7 %) erreicht haben, was im Saldo ausschließlich aus der natürlichen Entwicklung resultiert. Das Geburtendefizit beträgt im Gesamtzeitraum fast 270.000 Personen und kann nur im Umland von Berlin durch Wanderungsgewinne mehr als ausgeglichen werden. Im Jahr 2020 werden im engeren Verflechtungsraum Brandenburg ca. 63.000 Einwohner (6,6 %) mehr leben, während es im äußeren Entwicklungsraum 244.000 Einwohner weniger sein werden (14,9 %). Wie in anderen Großstadtregionen wirkt auch hier der Agglomerationsraum als Migrationsmagnet.

Mit dem Rückgang geht eine weitere landesweite Alterung der Bevölkerung aufgrund des Geburtendefizits und der steigenden Lebenserwartung (pro Jahr ca. 1,6 Monate) einher. Während sich die Zahl der unter 40-jährigen Personen bis 2020 um 356.100 Personen (29 %) verringern wird, nehmen gleichzeitig die über 40-Jährigen um 174.500 Personen (13 %) zu. Das Verhältnis der über 65-jährigen Personen zu denen im Alter von 20 bis 65 Jahren (Altenquotient) wird von 25,7 im Jahre 2001 auf 42,5 im Jahre 2020 ansteigen.

Aufgrund des stark gegliederten Altersaufbaues ist auch nach dem Jahre 2020 mit einem drastischen Bevölkerungsrückgang und weiterer Fortsetzung der Alterungstendenzen zu rechnen, wenn nicht einschneidende Impulse in der Familienpolitik und andere flankierende Maßnahmen zu einer spürbaren Erhöhung der Geburtenrate führen. Eine Entlastung würde aber selbst in diesem Falle erst mit erheblicher Verzögerung eintreten.

## **1.2 Bevölkerungsprognosen im Land Brandenburg**

Bevölkerungsprognosen für die Kreise und größeren Städte im Land Brandenburg werden seit 1991 erarbeitet und veröffentlicht. Obwohl die langfristigen Trendaussagen seit vielen Jahren relativ stabil sind, werden die Prognosen dennoch alle 2 Jahre dem jeweils aktuellen Datenstand angepasst und die Annahmen gegebenenfalls modifiziert. Derzeit werden noch getrennte Prognosen für Brandenburg und Berlin erarbeitet. Diese sind aber in den Eckdaten (Bezugsjahr, Zieljahr und hinsichtlich der Wanderungsverflechtungen zwischen beiden Ländern) abgestimmt, so dass nach Vorliegen der Berliner Prognose auch für den Gesamttraum Ergebnisse möglich sind.

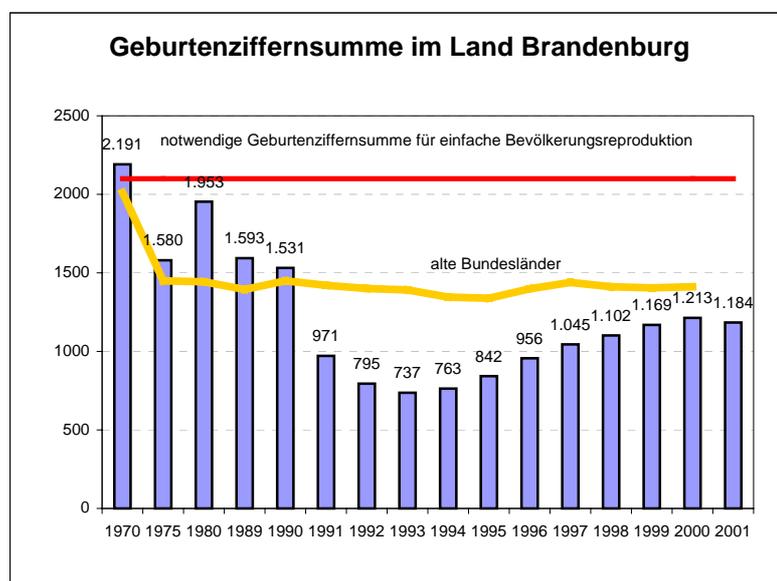
Die aktuelle Prognose für das Land Brandenburg enthält differenzierte Aussagen für die 14 Landkreise, die 4 kreisfreien Städte und 24 kreisangehörige Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern. Die Datengrundlage bezieht sich auf den Stichtag 31.12.2001, die Prognose reicht bis zum Jahre 2020.

### **1.2.1 Annahmen der Bevölkerungsprognose bis 2020**

Die künftige Bevölkerungsentwicklung des Landes Brandenburg ist zu einem hohen Anteil durch historische Ereignisse vorherbestimmt. So zeigt der Altersaufbau der Bevölkerung des Landes Brandenburg die tiefen Einschnitte im Ergebnis zweier Weltkriege ebenso wie die Veränderungen des Geburtenverhaltens in Folge der planbaren Empfängnisverhütung bzw. der Legalisierung des Schwangerschaftsabbruches mit dem Geburtenminimum im Jahre 1973, insbesondere aber den historisch einmaligen Einschnitt aufgrund der politischen Wende nach 1989. Wenn die mit Frauen schwach besetzten Jahrgänge nach 20 bis 30 Jahren in das geburtenfähige Alter hineinwachsen, wird es wiederum zu einem Geburtenrückgang kommen. Dieser Effekt, das sogenannte „demografische Echo“, wird sich in immer weiter abgeschwächter Form über mehrere Generationen fortsetzen, falls kein deutlich spürbarer Ausgleich durch Wanderungsgewinne erfolgt.

Neben der Altersstruktur im Basisjahr der Prognose werden die Ergebnisse durch die Annahmen zur Fruchtbarkeit, zur Sterblichkeit sowie zu den Zuzügen und Fortzügen bestimmt.

Hinsichtlich der Fruchtbarkeit geht auch die aktuelle Prognose davon aus, dass sich die Geburtenziffernsumme nach ihrem historischen Tiefststand im Jahre 1993 von 737 Geburten je 1.000 Frauen an das Niveau der alten Bundesländer annähern und im Jahre 2020 bei etwa 1.300 liegen wird. Damit wird allerdings auch zu diesem Zeitpunkt der Ersatz der Elterngeneration nur zu etwa zwei Dritteln gewährleistet sein.



Mit weitaus geringeren Abweichungen von den historischen Entwicklungslinien hat sich in den letzten Jahrzehnten und auch nach der Wende die Sterblichkeit entwickelt. In der Prognose wird angenommen, dass sich die Lebenserwartung der Neugeborenen im Land Brandenburg an die kontinuierlich steigende, aber gegenwärtig noch höhere Lebenserwartung im früheren Bundesgebiet angleichen und im Jahre 2020 bei neugeborenen Mädchen auf 82,7 Jahre und bei neugeborenen Jungen auf 76,2 Jahre ansteigen wird.

Der Saldo aus Geburten und Sterbefällen war seit 1990 stets negativ. Seither verliert das Land jährlich Einwohner in der Größenordnung einer Kleinstadt dadurch, dass mehr Menschen sterben als geboren werden (1993: 16.800 Personen). Zwar hat sich dieser natürliche Saldo aufgrund steigender Geburtenzahlen bis 2001 auf etwa 8.000 Personen verringert, er wird aber im Prognosezeitraum trotz steigender Lebenserwartung aufgrund der altersstrukturellen Gegebenheiten wieder stetig anwachsen und im Jahre 2020 bei über 20.000 Personen liegen.

Mithin spielt die natürliche Entwicklung aus Geburten und Sterbefällen eine ebenso große Rolle für die künftige Bevölkerungsentwicklung wie die Wanderung. Außerhalb des Umlandes von Berlin ist sie sogar der entscheidende Faktor.

Die Annahmen zu den Zuzügen und Fortzügen sind weitaus schwieriger zu treffen, weil hier keine vergleichbare Stabilität des Trends wie im generativen Verhalten zugrunde gelegt werden kann. Schon im Zeitverlauf seit 1989 zeigten sich keine einheitlichen Trends, es gab sogar einzelne Trendumkehrungen.

Nach den starken Wanderungsverlusten an die alten Bundesländer in den Jahren 1989 bis 1991 bestimmten ab 1992 die Zuwanderungen aus dem Ausland (Ausländer und Aussiedler) sowie ab 1994 zunehmend die Wanderungsgewinne aus Berlin das Wanderungsergebnis des Landes Brandenburg. Die Wanderungsgewinne aus Berlin sind seit 1999 allerdings deutlich zurückgegangen, diejenigen aus dem Ausland haben sich auf einem niedrigen Niveau eingepegelt, während die Wanderungsverluste an die alten Bundesländer wieder merklich zugenommen haben. Damit war im Jahre 2001 die Gesamtwanderungsbilanz für das Land erstmalig seit 1992 wieder negativ.

Eine gleichbleibende Zuwanderungspolitik vorausgesetzt wird Brandenburg bei den künftigen Wanderungen nach wie vor leichte Gewinne aus dem Ausland erzielen, –dabei handelt es sich größtenteils um Aussiedler und Asylbewerber. Trotz weiterhin intensivem Wanderungsaustausch mit der Bundeshauptstadt werden sich die Gewinne aus Berlin auf einem niedrigeren Niveau als bisher einpegeln. Die Abwanderung in die alten Bundesländer wird sich mit sinkendem Quellpotenzial (verbleibende Bevölkerungsanteile mit Mobilität sind begrenzt) wahrscheinlich allmählich wieder verringern. Insgesamt wird für das Land bis 2020 mit ausgeglichenen Wanderungsbilanzen bzw. sehr moderaten Gewinnen gerechnet. Die angenommenen Gewinne aus der Migration über die Landesgrenzen von 87.000 Personen im gesamten Prognosezeitraum betreffen jedoch überwiegend das Berliner Umland, während für den äußeren Entwicklungsraum weitere Abwanderungen erwartet werden.

## 1.2.2 Ergebnisse der Bevölkerungsprognose bis 2020

Unter den getroffenen Annahmen wird die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg von 2,59 Millionen im Jahre 2001 auf 2,41 Millionen im Jahre 2020 absinken, d.h. um etwa 7 %.

Ursache dafür sind die landesweit ständig steigenden Geburtendefizite (negativer Saldo aus Geburten und Gestorbenen). Dieser jährliche natürliche Bevölkerungsverlust wird sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes verdoppeln. Altersstrukturell bedingt wächst die Zahl der alten Menschen mit hoher Sterbewahrscheinlichkeit stark an. Die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter verringert sich landesweit um ein Drittel, was trotz steigender Geburtenziffern dennoch sinkende Geburtenzahlen zur Folge hat. Bis 2020 werden im Land Brandenburg insgesamt über eine viertel Million Menschen mehr sterben als durch Geburten ersetzt werden können. Ein Ausgleich durch Wanderungen in dieser Größenordnung, möglicherweise auch aus dem Ausland, kann für Brandenburg realistischerweise nach gegenwärtiger Gesetzeslage und Erkenntnissen nicht angenommen werden. Zunehmend bestimmt also der natürliche Faktor die Bevölkerungsentwicklung des Landes.

Während im Berliner Umland die Bevölkerungszahl wanderungsbedingt weiter wächst (+6,6 %), hält der Bevölkerungsrückgang im äußeren Entwicklungsraum an (-14,9 %). Hier werden die natürlichen Bevölkerungsverluste durch Wanderungsverluste noch verstärkt.

	2001	2010	2020	Entwicklung 2020 ggü 2001		2002 bis 2020		
						Natürl. Saldo	Wanderungssaldo	
	1.000 Personen				in %		1.000 Personen	
Land Brandenburg	2.593,0	2.510,7	2.411,4	-181,6	-7,0	-268,3	+86,7	
davon								
eV Bbg	952,4	999,1	1.015,2	+62,8	+6,6	-70,6	+133,4	
äE	1.640,7	1.511,7	1.396,3	-244,4	-14,9	-197,7	-46,7	

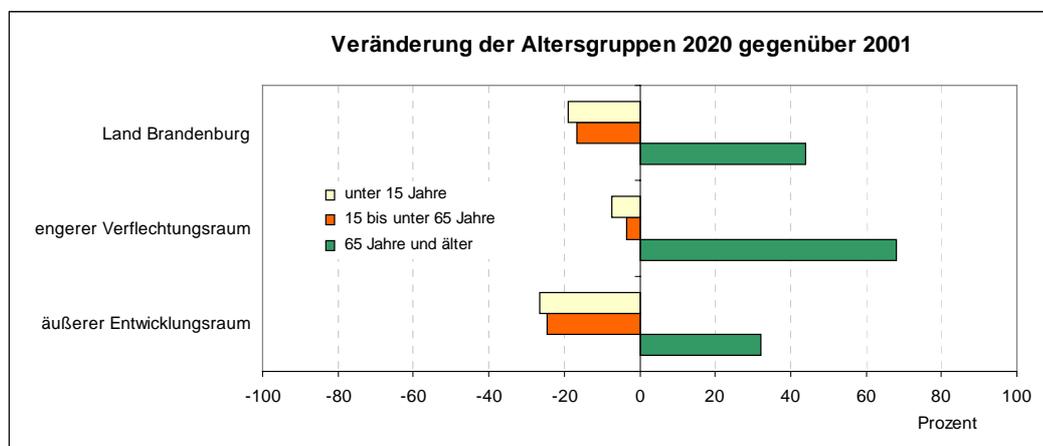
Die gegensätzliche Entwicklung der Bevölkerungsverteilung innerhalb des Landes setzt sich damit fort. In 20 Jahren wird fast jeder zweite Brandenburger seinen Wohnsitz im Umland von Berlin haben. Dagegen hat die ständig sinkende Bevölkerungsdichte im äußeren Entwicklungsraum (auf 56 Einwohner je km<sup>2</sup>) weitreichende infrastrukturelle Auswirkungen: Ein Unterschreiten der Tragfähigkeitsgrenzen wird bei zahlreichen Einrichtungen und Diensten wahrscheinlich.

Die stark unterschiedliche Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen setzt sich (insbesondere wegen ihres verschiedenen Anteils am engeren Verflechtungsraum) fort. Während die 8 an Berlin angrenzenden Landkreise mit teils geringen Bevölkerungszunahmen (3 Kreise) oder mit moderaten Abnahmen zu rechnen haben, werden sich die ungünstigsten Entwicklungen in den vollständig peripher gelegenen Kreisen und in den kreisfreien Städten (mit Ausnahme Potsdams) vollziehen. In Potsdam werden durch die Nähe zur Bundeshauptstadt in Verbindung mit seiner Attraktivität als Landeshauptstadt und Kulturstadt überregionale Wanderungsgewinne erwartet, die zu einem deutlichen Einwohnerzuwachs führen werden.

Die innerkreislichen Unterschiede werden besonders in den an Berlin angrenzenden Landkreisen deutlich. Hier entwickeln sich die Bevölkerungszahlen zwischen dem Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes und dem äußeren Entwicklungsraum teilweise gegenläufig. Die peripheren Teilräume dieser Kreise können nur partiell auf geringe Zuwanderungen hoffen. Der Ausgleich für die altersstrukturell bedingten natürlichen Einwohnerverluste bleibt hier aus. Davon besonders betroffen sind die kreisangehörigen Städte, die mit weiterem Bevölkerungsrückgang um mindestens ein Zehntel bis 2020 rechnen müssen.

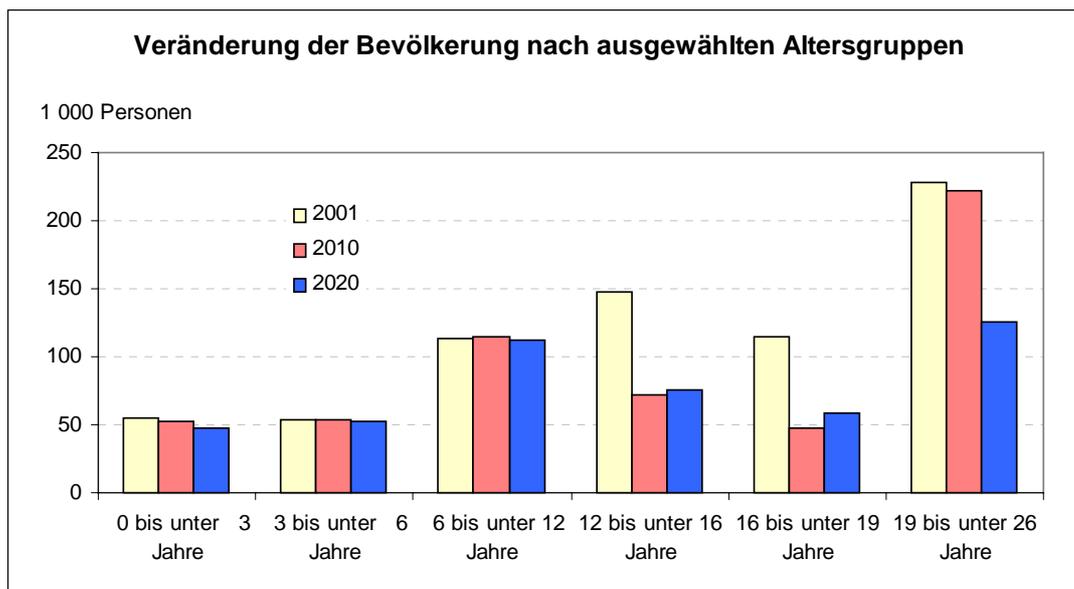
Mit dem Bevölkerungsrückgang geht eine weitere Veränderung der Altersstruktur einher. Das Durchschnittsalter der Männer wächst um 7 auf 47 Jahre und das der Frauen um 6 auf 50 Jahre bis 2020.

Landesweit geht zukünftig die Kinderzahl und die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter immer weiter zurück, während die Zahl der Senioren stark ansteigt. Bei rückläufiger Bevölkerung steigt der Anteil der über 65-jährigen Personen kontinuierlich an und die Bevölkerungsproportionen verschieben sich immer mehr zugunsten höherer Altersjahrgänge. Ist heute jeder sechste Brandenburger im Rentenalter, so wird es im Jahr 2020 bereits jeder vierte sein.



Gebiet	unter 15 Jahre		15 bis unter 65 Jahre		65 Jahre und älter	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Land Brandenburg	- 62,9	- 19,0	- 305,4	16,6	+ 186,7	+ 44,1
davon						
eV Bbg	- 9,4	- 7,3	- 23,5	- 3,4	+ 95,7	+ 68,0
äE	- 53,5	- 26,4	- 281,9	- 24,4	+ 91,0	+ 32,2

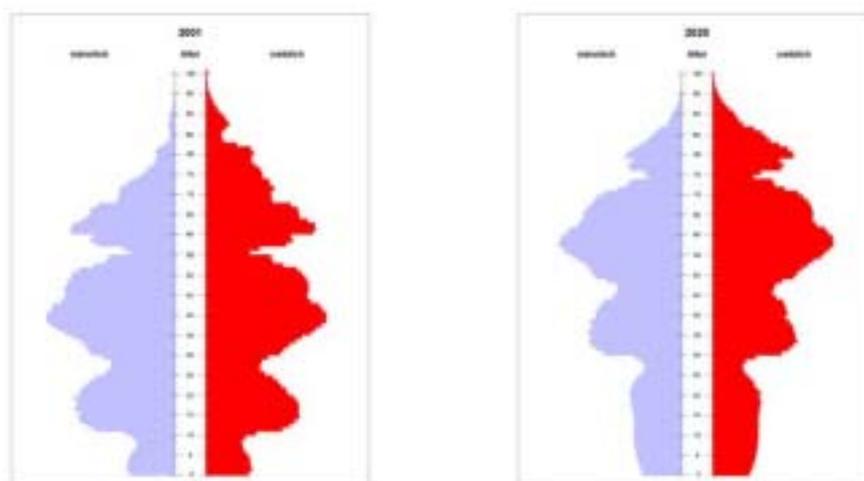
Die besonders niedrige Geburtenrate am Anfang der 90er Jahre sowie der wanderungsbedingte Rückgang der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter um ein Drittel bis 2020 bewirken – trotz des Wiederanstiegens der Geburtenrate pro Frau - künftig insgesamt sinkende Kinderzahlen. Im Jahr 2020 werden voraussichtlich 63.000 unter 15-jährige Kinder weniger im Land leben als heute. Das entspricht einem Rückgang um 19 Prozent. Während die Kinderzahl im Berliner Umland nur allmählich zurückgeht, sinkt sie dagegen im äußeren Entwicklungsraum um mehr als ein Viertel (-54.000 Personen).



Die geringsten Veränderungen sind bei den Kindern im Kindergartenalter (3-6 Jahre) zu erwarten. Die Nachfrage nach Kindergarten-Plätzen wird sich deshalb für einen längeren Zeitraum stabilisieren. Auch bei den jüngeren Kindern im Schulalter (6 bis 12 Jahre) wird sich bis 2020 zahlenmäßig im Land wenig ändern. Dabei treten jedoch in der Besetzung der unteren Klassenstufen gegenläufige Entwicklungstendenzen zwischen dem Berliner Umland und dem äußeren Entwicklungsraum auf. Ganz anders entwickelt sich dagegen die Zahl der Kinder im Schulalter der Sekundarstufen I (12 – 16 Jahre) und II (16 – 19 Jahre, zugleich Lehrlingsalter), wo sich im ganzen Land die Schülerzahlen zukünftig etwa halbieren werden. Davon sind alle Teilräume des Landes ähnlich betroffen, der äußere Entwicklungsraum jedoch stärker als der Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes. Diese Entwicklung vollzieht sich bereits in den kommenden Jahren. Hier macht sich der drastische Rückgang der Geburten zu Beginn der 90er Jahre bemerkbar.

Aber auch die Zahl der 19- bis 26-jährigen Jugendlichen verringert sich um 102.000 Personen bis 2020, was einem Rückgang um 45 Prozent entspricht.

### Gegenüberstellung der Brandenburger Lebensbäume 2001 und 2020



Entgegengesetzt entwickelt sich die Zahl der älteren Menschen. Im Jahr 2020 werden im Land voraussichtlich 610.000 Menschen leben, die über 65 Jahre alt sind, darunter ist jeder zweite über 75 Jahre. Das entspricht einem Anstieg um 187.000 Personen im Seniorenalter (bzw. 44 Prozent) gegenüber 2001.

Räumlich stark differenziert verändert sich die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre). Diese Altersgruppe nimmt im Land Brandenburg um 305.000 Personen (mehr als 15 Prozent) bis 2020 ab. Das trifft besonders für die Jahrgänge der 20- bis 45-jährigen Personen zu, deren Zahl um 280.000 sinkt (fast um ein Drittel). Gleichzeitig nimmt die Zahl der älteren erwerbsfähigen Brandenburger (45 bis 65 Jahre) um ein Zehntel zu. Dadurch verschieben sich die Proportionen innerhalb der Personengruppe im erwerbsfähigen Alter. (Anmerkung: in der Altersklassifizierung ist die künftig vielleicht steigende Rentenaltersgrenze noch nicht berücksichtigt)

Von dieser Entwicklung ist das Berliner Umland quantitativ kaum betroffen. Anders dagegen im äußeren Entwicklungsraum, wo im Jahr 2020 dann 282.000 Personen im erwerbsfähigen Alter weniger zur Verfügung stehen.

### **1.2.3 Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung über das Jahr 2020 hinaus**

Der Blick über das Jahr 2020 hinaus ist mit vielen Unsicherheiten behaftet. Eine Reihe von Einflussfaktoren können heute nur vage beschrieben werden, weil sie z.B. von künftigen gesetzlichen Regelungen abhängig sind oder von Verhaltensmustern der Bevölkerung, die wiederum von zahlreichen unbekanntem Größen, insbesondere den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, abhängig sind.

Andererseits wirken zahlreiche Entscheidungen, die in nächster Zeit zu treffen sind, weit über den Zeithorizont der veröffentlichten Prognosen hinaus. Das betrifft (im engeren planerischen Bereich) letztendlich alle Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Neubau oder aber auch mit der Modernisierung oder dem Abriss von Gebäuden, insbesondere also auch die Fragen des Stadtumbaus sowie alle Entscheidungen, die sich auf das generative Verhalten auswirken.

Wenn man in Ergänzung zur veröffentlichten Prognose für den Zeitraum ab 2020 bis 2040 eine Einschätzung der natürlichen Bevölkerungsentwicklung aus Geburten und Sterbefällen vornimmt, dann zeigt sich, dass die Trends der nächsten 20 Jahre auch in den darauffolgenden zwei Jahrzehnten höchstwahrscheinlich weiter anhalten oder sich sogar noch verstärken werden.

Es besteht eine Lücke zwischen Kinderwunsch und tatsächlicher Realisierung von Geburten. Wenn es zu keiner deutlichen Veränderung des Geburtenverhaltens kommt, dann wird sich die Bevölkerungszahl des Landes Brandenburg von 2021 bis 2040 allein durch die natürliche Entwicklung um weitere 500.000 bis 550.000 Personen verringern, davon rund 350.000 Personen im äußeren Entwicklungsraum, die dort mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht durch Wanderungsgewinne ausgeglichen werden können. Bezogen auf den heutigen Stand wäre damit ein Rückgang im äußeren Entwicklungsraum um etwa ein Drittel, im engeren Verflechtungsraum um 14 % verbunden. Wenn es gelingen würde, in absehbarer Zeit das Fruchtbarkeitsniveau von Frankreich zu erreichen (liegt etwa bei 1.880 Geburten/1.000 Frauen), dann würden jährlich im Durchschnitt etwa 5.000 bis 6.000 Kinder mehr geboren und damit der Bevölkerungsrückgang um einige Prozentpunkte abgemindert werden.

Auch die Verschiebungen in der Altersstruktur werden sich fortsetzen. Es muss also mit einem weiteren Rückgang der unter 20-Jährigen um über 100.000 Personen und zumindest bis zum Jahre 2030 mit einem weiteren Anstieg der über 60-jährigen Personen gerechnet werden, wenn nicht eine familienpolitische Trendwende eingeleitet wird. Insofern ist es nicht unrealistisch, dass etwa ab dem Jahre 2030 der Anteil der über 60-Jährigen an der Gesamtbevölkerung bis zu 40 Prozent betragen wird, in einigen Städten sogar noch deutlich mehr.

Diese Entwicklungen werden in ähnlicher Weise in allen neuen Bundesländern eintreten, in den alten Bundesländern nur deshalb nicht so drastisch, weil dort das Geburtenniveau in den neunziger Jahren relativ stabil geblieben ist und die Alterstruktur häufig durch Wanderungsgewinne verbessert wurde.

# Strukturelle Rahmenbedingungen in Brandenburg

## 1.3 Wirtschaft

### 1.3.1 Mögliche zukünftige Entwicklungen

#### Der Einfluss der demografischen Entwicklung

Neben anderen Faktoren wird die Veränderung der sektoralen Struktur der Wirtschaft auch von der demografischen Entwicklung beeinflusst. Zwar ist die Stärke des Einflusses des demografischen Wandels auf die Veränderung der Wirtschaftsstruktur schwierig zu ermitteln, weil der Faktor nur schwer zu isolieren ist. Für die überregional orientierten Wirtschaftsbereiche ist die Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg unter Nachfrageaspekten von untergeordneter Relevanz, unter Angebotsaspekten (verfügbares Arbeitskräftepotential, Qualifikation der Arbeitskräfte und daraus resultierenden Wettbewerbsfähigkeit) kann ein begrenzter gegensteuernder Einfluss der Wirtschaftspolitik (z.B. mehr Weiterbildung für ältere Arbeitnehmer) unterstellt werden. Andere Trends dürften für den Strukturwandel von größerer Bedeutung sein. Gleichwohl können aber qualitative Aussagen über die Richtung getroffen werden, in die der Faktor demografische Entwicklung wirkt.

Grundsätzlich wird der demografische Wandel mit zwei wirtschaftlich relevanten Entwicklungstendenzen verbunden sein:

- Sinkende regionale Nachfrage aufgrund einer geringeren Bevölkerung
- Veränderungen in der Zusammensetzung der Nachfrage aufgrund von Verschiebungen in der Altersstruktur

Allerdings gibt es zwei mögliche gegenläufige Entwicklungen: Zum einen entscheidet nicht nur die Anzahl der Einwohner, sondern auch das Pro-Kopf-Einkommen über die Nachfrage. Insofern könnte eine sinkende Einwohnerzahl durch steigende Einkommen teilweise kompensiert werden. Zum anderen kann im Bereich der überregional orientierten Waren- und Dienstleistungsproduktion eine sinkende regionale Nachfrage durch überregionalen Absatz ausgeglichen werden. Unterstellt man, dass keine erheblichen Steigerungen von Exporterlösen und der regionalen Einkommen stattfinden, dann würde der Rückgang der Bevölkerung überdurchschnittlich Branchen mit unelastischer Pro-Kopf-Nachfrage wie die Ernährungsindustrie oder die Textilindustrie treffen. Auch bei einigen lokal orientierten Wirtschaftszweigen (z.B. dem Einzelhandel oder Handwerksdienstleistungen) ist nicht auszuschließen, dass die sinkende Anzahl an Konsumenten nicht durch eine steigende Pro-Kopf-Nachfrage kompensiert werden kann.

Neben möglichen Nachfragerückgängen in Teilbereichen wird der demografische Wandel auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Nachfrage haben. So werden z.B. aufgrund der Alterung der Gesellschaft wirtschaftliche Aktivitäten aus dem Bereich Gesundheitswirtschaft an Bedeutung gewinnen. Dazu gehören vor allem lokale Gesundheitsdienstleistungen (ärztliche Versorgung, Pflegedienste), die Herstellung medizintechnischer und pharmazeutischer Produkte und die Versicherungsbranche (wegen der zunehmenden Notwendigkeit zur privaten Absicherung gesundheitlicher Risiken); diese Bereiche werden jedoch eher durch überregionale Angebote abgedeckt.

Weiterhin wird es neben Verschiebungen zwischen Sektoren auch zu Veränderungen innerhalb von Wirtschaftsbereichen kommen. So wird sich der Tourismussektor auf eine zunehmende Zahl älterer Gäste einstellen können.

Grundsätzlich gilt, dass nicht nur die demografische Entwicklung den Wirtschaftswandel, sondern auch der Wirtschaftswandel die demografische Entwicklung beeinflusst. Je besser der wirtschaftsstrukturelle Wandel zur Erhöhung des Arbeits- und Ausbildungsplatzangebots genutzt werden kann, desto geringer ist die Abwanderung. Zwischen beiden Faktoren besteht also ein Wechselverhältnis.

Die künftigen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Agrarproduktion, bedingt durch Fachkräftemangel und veränderte Nachfragestrukturen, werden durch Änderungen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik noch verstärkt. Die Landwirtschaft unterliegt mittelfristig einem Wandel, insbesondere in der Art und Weise der landwirtschaftlichen Bodennutzung, darüber hinaus aber auch in Hinblick auf eine Veränderung der Agrar- und Betriebsstruktur. Dies bedeutet einerseits Gefahr für den Fortbestand der gewachsenen Kulturlandschaft, andererseits aber auch einen noch weiter gehenden Rückgang der Arbeitsplätze im Agrarsektor insbesondere im ländlichen Raum.

## Langfristschätzung der Prognos AG

Eine quantitative, an den Abgrenzungen der amtlichen Statistik orientierte Langfrist-Prognose zum gesamtwirtschaftlichen Wandel hat die Prognos AG erstellt (Stand: Sommer 2002). Dabei wurde die demografische Entwicklung als einer von mehreren Einflussfaktoren berücksichtigt.

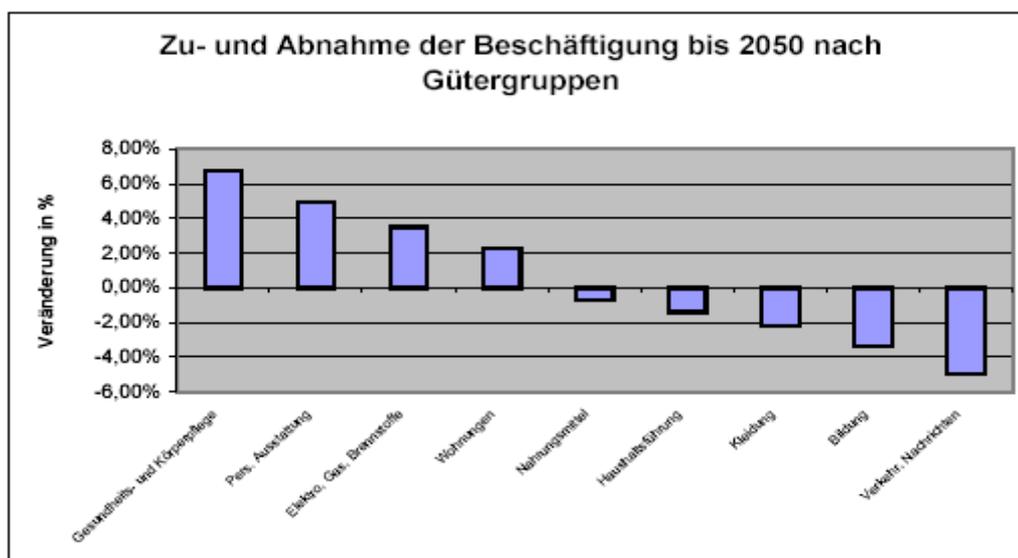
Insgesamt werden demnach bis zum Jahr 2020 in Deutschland insbesondere die Bereiche unternehmensorientierte Dienstleistungen, Gesundheit, Nachrichtenübermittlung sowie das Versicherungsgewerbe an Gewicht gewinnen.

Innerhalb der Industrie sollen die Bereiche Maschinenbau, Elektrotechnik und (teilweise) Chemieindustrie als Wachstumsbranchen gehören.

Stagnieren oder schrumpfen werden dagegen das Textilgewerbe und die Ernährungsindustrie.

Es wird für Brandenburg darauf ankommen, eine Branchenstruktur zu entwickeln, in der wachsende Bereiche überdurchschnittlich vertreten sind.

Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass Einschätzungen, wie sich die sektorale Struktur der Wirtschaft in der Zukunft entwickeln wird, eine hohe Unschärfe haben. Insbesondere leiden sie häufig daran, dass in der Gegenwart dominierende Trends einfach fortgeschrieben werden.



Quelle: Vgl. Axel Börsch-Supan, *Zeitbombe Demographie – Gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer alternden Gesellschaft; Konsequenzen für den Arbeitsmarkt, die Kapitalmärkte und die Politik*, Vortrag im Rahmen der Gesprächsreihe „Soziale Marktwirtschaft heute“, Hamburg, 8.11.2002.

entnommen: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) „**Die demografische Bedrohung meistern**“, Erste Bausteine zur Erarbeitung eines nationalen integrierten Aktionsplans, Gütersloh, 23. Mai 2003, S. 16

## **Übergang zur „Wissensgesellschaft“?**

Ein Schlagwort für den künftigen wirtschaftsstrukturellen Wandel, mit dem weitreichende qualitative Veränderungsprozesse angedeutet werden, ist der „Übergang von der Dienstleistungs- in die Wissensgesellschaft“. Weniger die Produktion materieller Güter und auch nicht mehr die Herstellung von standardisierten Dienstleistungen werden demzufolge die kommende Entwicklung prägen, sondern die Erzeugung und Bereitstellung von wissensintensiven, nicht-standardisierten Informationsgütern.

Die Menge des verfügbaren Wissens hat in der Tat in den letzten Jahren stark zugenommen, die Produktzyklen haben sich deutlich verkürzt. Auf der anderen Seite ist allerdings festzustellen, dass bisher sowohl in Brandenburg als auch in den anderen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland die Mehrzahl der sogenannten „Wissensgüter“ keine von Industrie und traditionellen Dienstleistungen losgelösten eigenständigen Wirtschaftskreisläufe entwickelt hat. Vielmehr werden Wissensgüter in bestehende industrielle Strukturen integriert, wo sie häufig als Innovationsmotor wirken.

Für Brandenburg besteht deshalb eine Herausforderung darin, noch stärker regionale Verflechtungen zwischen den Produzenten von Wissensgütern und den übrigen Industrie-, Landwirtschafts- und Dienstleistungs-Unternehmen aufzubauen.

### **1.3.2 Wirtschaftsstruktureller Wandel in Brandenburg von 1990 bis heute**

Die Brandenburger Wirtschaftsstruktur wird sich nicht erst in der Zukunft ändern. Sie unterlag auch schon in der Vergangenheit einem permanenten Wandlungsprozess und wurde – auch als Ergebnis der Bemühungen der Wirtschaftsförderpolitik – in den Jahren seit der deutschen Einheit erheblich verändert und modernisiert. So betrug im Jahr 1991 der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an der gesamten Wertschöpfung nur knapp 7 Prozent. Auch die unternehmensorientierten Dienstleistungen – zu DDR-Zeiten unterrepräsentiert – waren mit 14,4 Prozent im Vergleich zu den alten Bundesländern unterdurchschnittlich vertreten. Dagegen erreichte der Bergbau mit fast 6 Prozent annähernd den Anteil der Industrie.

Bis Mitte der Neunziger Jahre wuchs die Brandenburger Wirtschaft kräftig – getragen durch das Baugewerbe, die Industrie und auch die unternehmensorientierten Dienstleistungen. Im Jahr 1996 betrug der Wertschöpfungsanteil des Baugewerbes 16,5 Prozent (gegenüber knapp 12 Prozent im Jahr 1991), der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes 11,3 Prozent (gegenüber 6,9 % 1991) und der Anteil der unternehmensorientierten Dienstleistungen knapp 18 Prozent (gegenüber 14,4 % 1991). Dagegen sank der Anteil des Bergbaus auf 2 Prozent, auch die Landwirtschaft hatte weniger Gewicht (2,6 Prozent gegenüber 3,9 Prozent im Jahr 1991).

Während sich der Bedeutungszuwachs bei Verarbeitendem Gewerbe und unternehmensorientierten Dienstleistungen bis in die Gegenwart fortgesetzt hat (im Jahr 2002 wurden gut 14 Prozent des Inlandproduktes im Verarbeitenden Gewerbe und gut 20 Prozent im Bereich der unternehmensorientierten Dienstleistungen erwirtschaftet), ist die Bedeutung der Bauwirtschaft zurückgegangen. Im Jahr 2002 lag der Anteil der Bauwirtschaft mit 8,4 Prozent sogar unter dem Niveau von 1991. Auf den Bereich öffentliche Verwaltung/Verteidigung/Sozialversicherung entfiel im Jahr 2002 mit 8,4 Prozent ein geringerer Anteil als 1991 (12,5 Prozent) und 1996 (10,2 Prozent).

Bergbau und Landwirtschaft haben sich dagegen weitgehend auf dem Niveau der Mitte der Neunziger Jahre stabilisiert. Auch der Bereich Handel/Gastgewerbe ist in der Summe durch einen gleichbleibenden Anteil an der Bruttowertschöpfung gekennzeichnet. Allerdings hat es innerhalb dieses Bereichs Verschiebungen zwischen dem stagnierenden Einzelhandel und zu Gunsten des wachsenden Tourismussektors gegeben.

Die absoluten Zuwächse der wachsenden Sektoren lagen ab 1996 nur noch geringfügig über den Rückgängen der schrumpfenden Sektoren, so dass die gesamtwirtschaftliche Leistung nur mäßig gewachsen ist.

**Tabelle 1: Struktur der Brandenburger Wirtschaft 1991, 1996, 2002**  
(Anteil relevanter Sektoren an der Bruttowertschöpfung)

	Verarbeit. Gewerbe	Unternehmens- orientierte Dienstleistungen	Verwaltung	Bau	Land- wirtschaft	Bergbau	Handel, Gast- gewerbe
1991	6,9	14,4	12,5	11,8	3,9	5,7	9,5
1996	11,3	17,6	10,2	16,5	2,6	2,0	10,0
2002	14,1	20,2	8,4	8,4	2,7	1,1	9,2

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

Innerhalb des (insgesamt wachsenden) Verarbeitenden Gewerbes ist es ebenfalls zu Verschiebungen zwischen den einzelnen Branchen gekommen. Dabei waren die Verschiebungen in der ersten Hälfte der Neunziger Jahre (als Folge des Transformationsprozesses) deutlicher als seit 1996.

**Tabelle 2: Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen 1991, 1996, 2002**

in v.H.	1991	1996	2002
Ernährung	21,9	16,8	15,3
Holz	1,5	2,7	4,5
Papier	1,5	4,5	4,4
Verlag/Druck	1,2	2,5	2,3
Mineralöl	k.A.	k.A.	k.A.
Chemie	7,7	7,9	7,8
Kunststoff	1,7	3,4	4,9
Glas/Steine u. Erden	3,8	10,2	6,2
Metallerzeugung	17,7	10,4	8,6
Herstellung Metallerz.	4,4	5,7	5,5
Maschinenbau	7,4	4,5	6,0
Büro/Datenverarbeit.	k.A.	k.A.	k.A.
Elektro	2,0	3,5	1,9
Medizintechnik/Optik	3,2	2,1	1,8
Kraftfahrzeugbau	1,9	3,0	3,9
Sonst. Fahrzeugbau	6,2	5,1	8,4
Möbel/Schmuck	2,1	1,6	1,5
GESAMT	100	100	100

Quelle: Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik

In den letzten Jahren haben insbesondere die Bereiche Fahrzeugbau (Kraftfahrzeuge und sonst. Fahrzeugbau, besonders Luft- und Raumfahrttechnik), Holz, Kunststoff und Maschinenbau an Gewicht gewonnen. Teilweise konnten damit Nach-Wende-Rückgänge wieder ausgeglichen werden. Dagegen haben die Ernährungsindustrie, der Bereich Glas, Steine, Erden, die Metallerzeugung und die Elektroindustrie in den letzten Jahren relativ an Gewicht eingebüßt. Trotz sinkender Anteile ist die Ernährungsindustrie immer noch die größte Einzelbranche, gefolgt von der Metallindustrie (Metallerzeugung und Herstellung von Metallerzeugnissen) und dem Fahrzeugbau (Kfz, Luft- und Raumfahrt, Schiene).

### **1.3.3 Wirtschaftspolitische Möglichkeiten zur Beeinflussung des wirtschaftsstrukturellen Wandels**

#### **Anpassungsfähigkeit der Unternehmen durch Gemeinschaftsgüter erhöhen**

Dynamische marktwirtschaftliche Wirtschaftssysteme sind durch permanente sektorale Veränderungsprozesse gekennzeichnet. Anpassung an und Vorantreiben des wirtschaftsstrukturellen Wandels sind in erster Linie Aufgabe der Unternehmen. Der demografische Wandel ist für diese Veränderungsprozesse im Vergleich zu Produkt- und Verfahrensinnovationen, Marktöffnungen, neuen Konsummustern oder veränderter Kapitalbereitstellung nur von untergeordneter Bedeutung.

Aufgrund der vielen Einflussfaktoren sind die Möglichkeiten der Wirtschaftspolitik eines Bundeslandes zur Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens begrenzt, die Veränderung der wirtschaftlichen Strukturen ist nur im eingeschränkten Maße steuerbar. Insofern wäre jeder Versuch zum Scheitern verurteilt, die künftige sektorale Entwicklung der Brandenburger Wirtschaft zu planen. Sogenannte Ziel-Mittel-Ansätze, wie sie in anderen Politikbereichen sinnvoll sein können (Vorgabe eines festen Zieles bei gleichzeitiger Benennung der Instrumentarien, mit denen das Ziel erreicht werden kann), sind in der Wirtschaftspolitik verfehlt.

Auf der anderen Seite aber hat die Wirtschaftspolitik – insbesondere in der mittleren und langen Frist – durchaus Möglichkeiten zur Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung. Der Staat kann durch eine Schwerpunktsetzung auf die Förderung von Investitionen einen Beitrag dazu leisten, die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen an sich verändernde Wirtschaftsbedingungen zu erhöhen. Zentrale Ansatzpunkte sind die Initiierung von Prozessen und die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern, die Innovationen in der Wirtschaft voranbringen.

Beispiele für solche Gemeinschaftsgüter sind die Förderung von Forschung und Wissenschaft, die Stärkung der Humankapitalbasis durch Bildung und der Ausbau von Verkehrsinfrastruktur.

Maßnahmen zur Unterstützung von Innovationsprozessen sind möglichst rasche Transfers neuer Erkenntnisse von der Wissenschaft in die Wirtschaft, die Stärkung von Aus- und Weiterbildung zur Entwicklung der Humanressourcen sowie die Unterstützung beim Aufbau zwischenbetrieblicher Netzwerkstrukturen.

Forschungsaktivitäten und die Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse in marktfähige Erzeugnisse sind eine wichtige Voraussetzung, um in Zeiten kürzer werdender Produktzyklen die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft zu erhalten und zu verbessern. Gerade angesichts der unterdurchschnittlich ausgeprägten Industrieforschung in den neuen Bundesländern spielt die öffentliche Förderung von Wissenschaft in Ostdeutschland – und noch mehr ihre Umsetzung in wettbewerbsfähige Produkte – eine Schlüsselrolle.

Neben Forschungsaktivitäten leistet die Stärkung der Humankapitalbasis einen zentralen Beitrag zum Strukturwandel: Wissen ist die zentrale gesellschaftliche Ressource in diesem Jahrhundert. Investitionen in Humankapital und in die Köpfe der Menschen nehmen insofern ein immer größeres Gewicht ein. Die Entwicklung der Humanressourcen ist eine wichtige Bedingung für die ökonomische Leistungsfähigkeit der Unternehmen und für den Wirtschaftsstandort. Erforderlich sind verstärkte Aktivitäten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich, insbesondere die Unterstützung der Kompetenzentwicklung in Klein- und Mittelunternehmen. Dabei ist darauf zu achten, dass die öffentlichen Ausgaben zur Stärkung der Humankapitalbasis auf die Bedarfe der Region ausgerichtet sind.

Durch den Aufbau zwischenbetrieblicher Netzwerke und Verflechtungsbeziehungen soll ein innovatives Milieu entstehen, in dem neue Produkte und Produktionsverfahren entwickelt werden.

Die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern ist auch ordnungspolitisch erforderlich: Die Komplexität der oben genannten Aktivitäten führt dazu, dass der einzelne Wirtschaftsakteur nicht klar erkennen kann, welchen Nutzen er aus der Herstellung des Gutes ziehen würde. Dadurch würde ohne staatlichen Eingriff eine zu geringe Menge des Gemeinschaftsgutes produziert werden. Insofern bedürfen sie einer öffentlichen Absicherung.

Zusätzlich zur Erhöhung der Anpassungsfähigkeit von Unternehmen an veränderte Rahmenbedingungen durch die Bereitstellung von Gemeinschaftsgütern kann die Politik (in Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden) Branchen, die unter anderem durch die demografische Entwicklung unter zusätzlichen Anpassungsdruck geraten, frühzeitig sensibilisieren. Die Beteiligten sollten, z.B. im Rahmen von Branchengesprächen, in einen strukturierten Dialog miteinander treten.

### **Wirtschaftsförderung zwischen Offenheit und Schwerpunktsetzung**

Ob die Wirtschaftspolitik neben der allgemeinen Verbesserung des wirtschaftlichen Umfeldes schwerpunktmäßig bestimmte Sektoren unterstützen soll, ist umstritten. Grundsätzlich befindet sich die Förderpolitik im Spannungsfeld zwischen der Offenheit für neue, nicht-vorhergesehene Entwicklungstendenzen und dem Erreichen einer kritischen Masse durch Schwerpunktsetzung.

Bei einer Schwerpunktsetzung besteht die Gefahr, dass die Wirtschaftspolitik – wegen der Nicht-Vorhersehbarkeit zukünftiger Entwicklungen oder aufgrund unvollständiger Informationen über die gegenwärtige Situation – die falschen sektoralen Schwerpunkte setzt.

Auf der anderen Seite erfordert die Knappheit von Wirtschaftsfördergeldern eine Schwerpunktsetzung. Die Herausbildung von international wettbewerbsfähigen Wirtschaftsklustern ist in Brandenburg erst teilweise gelungen. Zwar zeigen sich erste Erfolge, zum Beispiel in den Bereichen Chemie, Biotechnologie, Verkehrstechnik und Medien. Die Weiterentwicklung der Cluster kann jedoch eine Fokussierung von Fördergeldern verlangen, um die für einen sich selbst tragenden Aufschwung nötige „kritische Masse“ an

- produzierenden Betrieben,
- Forschungseinrichtungen,
- Beratungsunternehmen
- Finanzdienstleistern usw.

zu erreichen. Eine Verteilung der Gelder über alle Bereiche wäre mit der Gefahr verbunden, dass die positiven Effekte der Wirtschaftsförderung zu gering sind und damit insgesamt „verpuffen“.

Hinzu kommt, dass es für die Auswahl möglicher Schwerpunktbereiche Anhaltspunkte gibt. Wichtigster Anhaltspunkte ist die bestehende Wirtschaftsstruktur, aber auch die Wirtschaftsdynamik: Die sektoralen Muster der Wirtschaft einer Region sind im Zeitablauf relativ stabil. Wachstum ist in der großen Mehrzahl der Fälle die Folge der innovativen Weiterentwicklung bestehender Strukturen, nicht der Ansiedlung vollkommen neuer Bereiche. Insofern wird die sektorale Strukturpolitik bei einer möglichen Schwerpunktsetzung immer aus der Summe der schon vorhandenen Branchen bzw. Cluster auszuwählen haben. Dabei ist darauf zu achten, dass nicht eine vorübergehende, kostenintensive Stabilisierung von Branchen mit geringen Wachstumsaussichten erfolgt. Wirtschaftspolitik sollte sich als ein Mitgestalter des Wandels und nicht als Konservator bestehender Strukturen begreifen.

Weitere Kriterien für die Auswahl könnten

- die Einbindung in die internationale Arbeitsteilung,
- die regionalen Vorleistungsverflechtungen,
- der Stand und die Entwicklungschancen von Einkommen, Produktivität und Kapitalbildung,
- die Intensität des überregionalen Wettbewerbs sowie
- mögliche Alleinstellungsmerkmale der Brandenburger Wirtschaft sein.

Insofern scheint bei Abwägung der Vor- und Nachteile einer sektoralen Fokussierung die Konzentration auf einige Branchen der sinnvollere Ansatz zur Beeinflussung des wirtschaftsstrukturellen Veränderungen.

Neben einer sektoralen bzw. branchenmäßigen Schwerpunktsetzung kann zur Unterstützung des Strukturwandels auch eine räumliche Konzentration der Fördergelder sinnvoll sein: Branchen entfalten mitunter dann eine besondere Dynamik, wenn Unternehmen an einem Standort angesiedelt sind und sich durch die räumliche Nähe der Akteure ein innovatives Milieu herausbildet. Insofern sollten sektorale und regionale Fokussierungsbemühungen miteinander verzahnt werden.

Im Land Brandenburg lässt sich an einer Reihe von Standorten eine sowohl vertikale wie auch horizontale Vernetzung angesiedelter Wirtschaftsunternehmen beobachten. Vernetzungen finden sowohl auf der Basis von regional verankerten industriellen Traditionen als auch im Zusammenhang mit Ansiedlungen von technologieorientierten Unternehmen statt. Die Konzentration von Mitteln der Wirtschaftsförderung auf Clusterstandorte oder in Cluster-Wertschöpfungsketten eingebundene Unternehmen kann die notwendige weitere Stärkung regionaler Verflechtungsstrukturen unterstützen. Durch Verzahnung der Mittel der Wirtschaftsförderung mit Mitteln anderer Politikbereiche wie Arbeit, Qualifizierung, Infrastruktur, Bildung, Hochschulen und Forschung sind Synergieeffekte zu realisieren.

### **1.3.4 Weitere Rahmenbedingungen zum wirtschaftsstrukturellen Wandel**

#### **Das räumliche Umfeld**

Die Brandenburger Wirtschaft ist schon heute durch enge Vorleistungs-, Absatz- und Kapitalverflechtungen mit Unternehmen in den übrigen Bundesländern und anderen Staaten verbunden. Diese bestehenden Verflechtungen und mögliche neue räumliche Orientierungen der Unternehmen beeinflussen den Strukturwandel in erheblichem Maß.

Eine zentrale Rolle spielen dabei die wachsenden Wirtschaftsverflechtungen zwischen Brandenburg und Berlin. Mit der Bundeshauptstadt gibt es einen einheitlichen Wirtschaftsraum, auch überschneiden sich die sektoralen Schwerpunkte von Berlin und Brandenburg weitgehend. Die Wissenschaftslandschaft in Berlin ist zudem eine wichtige Quelle wissenschaftlich-technischer Information für die Brandenburger Wirtschaft. Insofern sind die Abstimmung möglicher sektoraler Förderschwerpunkte und die Intensivierung der Verflechtungen zwischen Brandenburger Unternehmen und Berliner Wissenschaftslandschaft zwei Ansatzpunkte, um den wirtschaftsstrukturellen Wandel positiv zu beeinflussen.

Eine Fusion der Länder Brandenburg und Berlin hätte ebenfalls positive Auswirkungen auf den wirtschaftsstrukturellen Wandel: Sie würde dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des Raumes gegenüber anderen Metropolregionen zu erhöhen.

Neben der engen Verflechtung mit Berlin sollte Brandenburg die Entwicklung der Wachstumspole in den Nachbarbundesländern Sachsen und Sachsen-Anhalt (z.B. das Chemiedreieck oder die Räume Dresden und Leipzig) verfolgen. Diese haben bisher noch relativ schwache Auswirkungen auf den Brandenburger Raum. Es gibt jedoch Anzeichen, dass die Ausstrahlungseffekte dieser Regionen zukünftig zunehmen werden.

Auch Polen wird im Zuge der EU-Osterweiterung und des damit einher gehenden Wirtschaftswandels an Ausstrahlung und Anziehungskraft gewinnen. Das gilt für die unmittelbaren Grenzregionen, mehr noch aber für die Großräume Poznan und Szczecin. Schon in den letzten Jahren sind die von Brandenburg nach Polen exportierten Produkte zunehmend hochwertiger geworden. Polen gehört bereits heute zu den wichtigsten Handelspartnern von Brandenburger Unternehmen. Die Wirtschaftspolitik unterstützt sie beim Aufbau von Verflechtungsbeziehungen, zum Beispiel durch Hilfen für die Markterschließung oder Beratungsdienstleistungen. Insbesondere bestehen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten für Branchen, die aufgrund ihres Leistungsprofils spe-

zielles Know-how anbieten können wie die Konversionsbranche oder die Umwelt- und Energietechnik.

Die EU-Osterweiterung hilft, den ohnehin anstehenden wirtschaftlichen Strukturwandel zu beschleunigen: die zukünftigen Potenziale der Brandenburger Wirtschaft liegen in der Herstellung hoch qualifizierter Güter und Dienstleistungen mit steigenden Forschungs- und Entwicklungsanteilen.

### **Wirtschaftsstruktureller Wandel im Spannungsfeld von harten und weichen Standortfaktoren**

Unternehmensbefragungen des DIW Berlin haben ergeben, dass in Ostdeutschland die sogenannten harten Standortfaktoren (Kundennähe, Lohnkosten, Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, Fördermittel, Verkehrsinfrastruktur, Energiekosten, Dienstleistungen der örtlichen Banken und Lieferantennähe) unverändert als wichtigste Bedingungen für die Entwicklung und den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen angesehen werden. In dieser Einschätzung kommt zum Ausdruck, dass sich die Folgen des Transformationsprozesses für die ostdeutsche Wirtschaft noch immer bemerkbar machen. Dem gegenüber werden die sogenannten weichen Faktoren (wie z.B. Wohnungen/Wohnumfeld, Image der Region, kulturelles Angebot und Naherholungsmöglichkeiten) seltener genannt. Sie sind nach Meinung der Mehrzahl der Unternehmen derzeit noch kein entscheidender Entwicklungsfaktor in Ostdeutschland.

Für die wirtschaftliche und regionale Entwicklung werden jedoch zukünftig die weichen Standortfaktoren an Gewicht gewinnen. Heute schon haben sanierte Wohnungen, kulturelle Angebote und gute Naherholungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger und auch für einen Teil der Unternehmen einen hohen Stellenwert. Zunehmend größere Bedeutung werden im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel die Standortfaktoren erlangen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützen, da diese unmittelbaren Einfluss auf die Gewinnung von qualifiziertem Personal haben werden.

Der entscheidende Ansatzpunkt der Landespolitik zur Beeinflussung des wirtschaftsstrukturellen Wandels liegt dementsprechend in der prioritären Förderung wettbewerbsfähiger Wirtschaftskluster mit einer leistungsfähigen Vorleistungsverflechtung, einer Humankapitalbasis mit gutem Bildungsstand, guten Verkehrsanbindungen, eines konkurrenzfähigen Kostenniveaus sowie flexibler regionaler Dienstleister.

Gleichwohl sollte eine räumlich-sektorale Schwerpunktsetzung im Bereich der Wirtschaftspolitik in Abstimmung mit einer parallelen regionalen Fokussierung in anderen Bereichen wie Arbeit und Qualifizierung, Stadtumbau und Infrastruktur, Bildung, Hochschulen und Forschung sowie Kultur und Gesundheitsversorgung erfolgen, da diese einen langen Entwicklungsvorlauf benötigen.

Darüber hinaus sind neben den Unternehmen die Wirtschaftspolitik des Bundes, die EU-Strukturpolitik sowie die Tarifparteien gefordert, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu verbessern und die Qualität der harten Standortfaktoren zu erhöhen.

## 1.4 Öffentliche Finanzen

Der absolute Rückgang der Bevölkerung wird sich negativ auf die Einnahmen des Landes auswirken, da die Einwohner(anteile) Maßstab sowohl für eine Reihe von zweckgebundenen Zuweisungen Dritter als auch für den horizontalen und vertikalen Finanzausgleich (einschl. der Umsatzsteuerverteilung) sind.

Die Zuweisungen Dritter basieren in einer Reihe weiterer Fälle auf Einwohnerzahlen. So orientiert sich die Europäische Gemeinschaft bei der Bestimmung der Höhe der Zuweisungen im Rahmen der Strukturfonds an den Einwohnerzahlen. Die Bestimmung der Fördergebiete basiert ebenfalls auf Pro-Kopf-Zahlen, und auch die Zuweisungen des Bundes orientieren sich daran.

Der Länderanteil an der Umsatzsteuer wird zu mindestens 75% nach Einwohnern verteilt. Der Länderfinanzausgleich basiert auf einem Vergleich der Steuereinnahmen (derzeit einschließlich der Hälfte der normierten Gemeindesteuern) je Einwohner, wobei Stadtstaaten und ab 2005 dünnbesiedelten Regionen ein Mehrbedarf zugestanden wird. Dies drückt sich in gesonderten Einwohnerwertungen (Stadtstaaten 135 %; BB: 103 % bei den Gemeindesteuern) aus. Im jetzigen Finanzausgleichssystem verliert Brandenburg je Einwohner – bei unveränderter Gesamtbevölkerung - durchschnittlich 2.000 €, ab 2005 wird dieser Betrag auf rd. 2.300 € je Einwohner ansteigen.

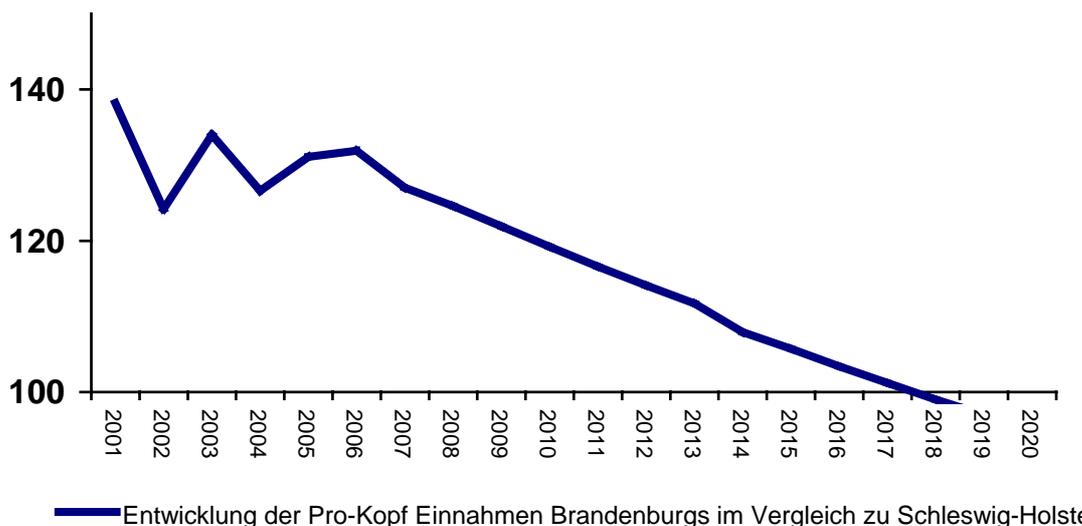
Um die Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die öffentlichen Finanzen des Landes beurteilen zu können, wurde eine Projektion der Einnahmen und Ausgaben des Landes bis 2020 entwickelt, die sich an der im Frühsommer 2002 der Landesregierung vorgelegten Langfristprojektion des Landes bis 2019 orientiert. In einem ersten Schritt wurde die Einnahmeentwicklung Brandenburgs je Einwohner bis 2020 modelliert und mit einem finanzschwachen westdeutschen Bundesland (Schleswig-Holstein) verglichen. Dabei wurden folgende Annahmen getroffen:

Basierend auf den Ergebnissen der Jahre 1995 bis 2002 und der aktuellen Finanzplanung 2003 bis 2007 wurde die Fortschreibungsbasis der Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen ermittelt. Aufgrund des 10-prozentigen Einbruchs der Einnahmen im Jahr 2002 ergab sich eine deutliche Basisverschiebung mit der Folge, dass voraussichtlich erst im Jahr 2007 wieder das absolute Einnahmenniveau des Jahres 2001 erreicht sein wird. Die Jahre 2002 bis 2007 wurden auf der Grundlage des Jahresabschlusses 2002 und der mittelfristigen Finanzplanungen 2003-2007 von Brandenburg und dem Vergleichsland Schleswig-Holstein aktualisiert. Im Jahresdurchschnitt 1995–2007 weisen die Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen ein jahresdurchschnittliches Wachstum aufgrund des Einbruchs 2002 von knapp 1 % aus, was als Fortschreibungsfaktor bis 2020 als zu gering erscheint. Für die Fortschreibung in den Jahren 2008 ff. wurde angenommen, dass die Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen jährlich im Durchschnitt der Jahre 1995–2001 in Höhe von 1,7 % wachsen werden.

Der Bevölkerungsrückgang wurde mit einem Abschlag von 0,5 %-Punkten berücksichtigt. Dies entspricht einem Betrag von 25 Mio. €, der als durchschnittliche Mindereinnahme aufgrund des Bevölkerungsrückgangs ermittelt wurde. Insgesamt wurden so die Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen mit einer Rate von 1,2 % jährlich fortgeschrieben. Die Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen wurden entsprechend ihres gesetzlich festgelegten Verlaufs in die Projektion aufgenommen. Für den verbleibenden Rest (Verwaltungseinnahmen, Zuweisungen des Bundes und der EU) wurde ein degressiver Verlauf unterstellt. Abgeleitet wurde dies aus dem seit 1995 tendenziell degressiven Verlauf, wie er sich in der aktuellen Finanzplanung ebenfalls dokumentiert.

Hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung Schleswig-Holsteins wurde auf die Bevölkerungsvor-ausberechnung des Statistischen Landesamtes bis 2015 (Basis 01.01.1999) zurückgegriffen und bis 2020 fortgeschrieben. Für die Einnahmeentwicklung wurde auf die aktuelle Finanzplanung 2003–2007 zurückgegriffen. Daraus abgeleitet wurde für die Jahre bis 2020 ein jährlicher Zuwachs der bereinigten Gesamteinnahmen von 2 % unterstellt. Unter Zugrundelegung dieser Annahmen ergibt sich folgender Verlauf der pro Kopf-Einnahmen Brandenburgs im Vergleich zu Schleswig-Holstein:

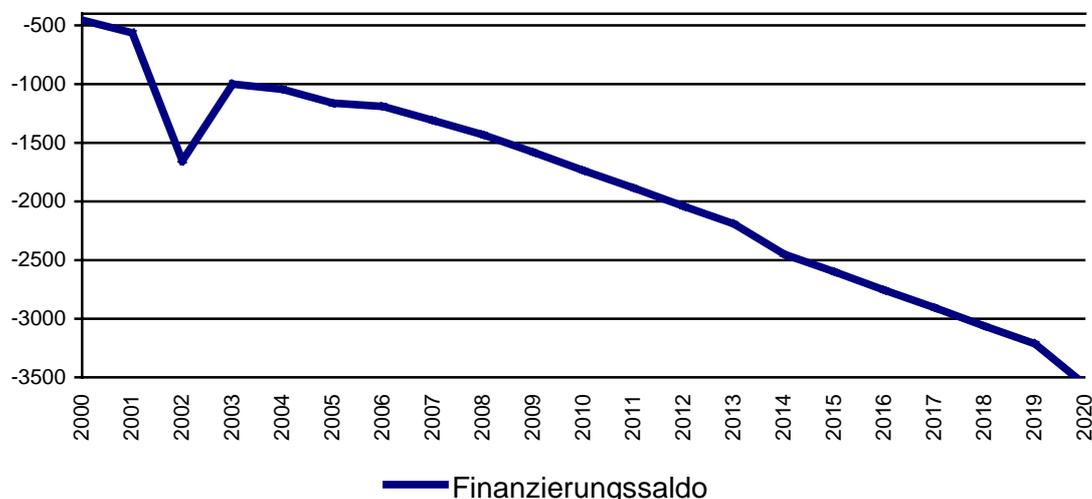
**Grafik 1: Projektion der voraussichtlichen Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) bis 2019/2020 im Vergleich zu Schleswig-Holstein (v. H.)**



Die Darstellung verdeutlicht, dass infolge des Bevölkerungsrückgangs schon ab den Jahren 2017/18 die bereinigten Einnahmen Brandenburgs je Einwohner das Niveau des Vergleichslandes Schleswig-Holstein erreichen werden. Damit tritt die Anpassung der Einnahmen je Einwohner an das Niveau Schleswig-Holsteins zwei Jahre früher ein, als in der Studie vom Frühsommer 2002 berechnet worden war. Dies bedeutet, dass sich der Prozess der Anpassung der Einnahmesituation des Landes an die Verhältnisse finanzschwacher westdeutscher Bundesländer in den kommenden Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung beschleunigen wird. Die bereinigten Einnahmen Brandenburgs werden den Betrag von 8 Mrd.€ in 2020 knapp übersteigen.

In einem zweiten Schritt wurde die langfristige Entwicklung des Finanzierungssaldos für Brandenburg modelliert. Basis für die Herleitung des Saldos bildeten die Jahresabschlüsse 1995–2002 sowie die Zahlen der aktuellen Finanzplanung 2003–2007. In den Jahren 2008 ff. wurden keine Globale Minderausgaben unterstellt. Die Ausgabenarten wurden mit ihrem jeweiligen Durchschnitt der Jahre 1995–2007 fortgeschrieben. Gleichzeitig wurden den Finanzierungssalden der Jahre 2004-2007 die in der Finanzplanung ausgewiesenen Beträge der GMA zugerechnet. Unter sonst gleichen Umständen hinsichtlich der Ausgaben weist das Modell eine dramatische Entwicklung auf:

**Grafik 2: Entwicklung der Einnahmen (ohne Nettokreditaufnahme) und Ausgaben zwischen 2000 und 2020 (in Mio. €)**



Unter den getroffenen Annahmen würde der Finanzierungssaldo des Landes bis zum Jahr 2020 auf einen Betrag von über 3,5 Mrd. € ansteigen<sup>4</sup>. Während im Jahr 2007 ein Einnahmenrahmen von rd. 9 Mrd. € zur Verfügung stehen wird, sinkt der langfristig zur Verfügung stehende Finanzrahmen bis 2020 auf ein Volumen von knapp über 8 Mrd. €. Dem stehen jedoch jährliche steigende Gesamtausgaben gegenüber.

Die Auswirkungen dieser Entwicklung auf die Finanzlage Brandenburgs wären – ohne entsprechende Gegenmaßnahmen – dramatisch und würden in einer Haushaltsnotlage münden:

- die Kreditfinanzierungsquote würde von aktuell 12,1 % auf rd. 30 % ansteigen,
- der Schuldenstand je Einwohner (gemessen an Einwohnerstand 30.06.2002) würde sich von aktuell 5.886 € je Einwohner auf rd. 20.300 € im Jahr 2021 mehr als verdreifachen.
- die Zinsverpflichtungen würden von aktuell rd. 16 % im Jahr 2020 auf rd. 40 % an den Steuer- und steuerinduzierten Einnahmen ansteigen.
- der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben des Landes würde von heute rd. 21% auf rd. 8% sinken.

Hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs für die Finanzsituation der Kommunen können derzeit nur qualitative Aussagen getroffen werden. Bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung ist davon auszugehen, dass die Kommunen ebenfalls mit deutlich sinkenden Einnahmen im Betrachtungszeitraum rechnen müssen. Prof. Dr. Seitz kommt in seiner Studie zu dem Ergebnis, dass die Brandenburger Kommunen unter der Annahme einer konstanten Bevölkerung bis zum Jahr 2019 mit real konstanten Einnahmen<sup>5</sup> rechnen müssen. Wird jedoch ein Bevölkerungsrückgang unterstellt, müssen sie ebenfalls mit sinkenden Gesamteinnahmen rechnen.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der Bevölkerungsrückgang in den kommenden Jahren sowohl das Land als auch die Kommunen vor große Herausforderungen stellt, da die Haupteinnahmequellen von der Einwohnerzahl abhängen. Darüber hinaus wird die Änderung der Altersstruktur in Deutschland die umlagefinanzierten sozialen Sicherungssysteme vor besondere Herausforderungen stellen. In der Rentenversicherung wurde daher als zweiter Pfeiler des künftigen Rentensystems mit dem Aufbau eines kapitalgedeckten Rentensicherungssystems begonnen (Riester-Rente). Die Gebietskörperschaften leisten in Form steuerfinanzierter Zulagen indirekt einen Beitrag zum Aufbau des Kapitalstocks, so dass zukünftig steigende Belastungen auf die öffentlichen Haushalte in Brandenburg zukommen werden.

## 1.5 Soziale Sicherungssysteme

In einer alternden Gesellschaft nehmen die Kosten auf den Gebieten der Kranken- und Pflegeversicherung sowie der Rentenversicherung notwendigerweise zu. Steigende Altersquotienten in Verbindung mit anhaltend hoher Arbeitslosigkeit üben einen zunehmenden Druck auf die Beitragssätze der gesetzlichen Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung aus, da die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme im wesentlichen auf Beiträgen beruht, die auf das Einkommen abhängig Beschäftigter erhoben werden. Die lohnzentrierte Finanzierungsweise hat zur Folge, dass hohe lohnbezogene, das heißt, in die Arbeitskosten eingehende Sozialbeiträge die Schaffung von Arbeitsplätzen erschweren. Damit die sozialen Sicherungssysteme Wachstum und Beschäftigung nicht behindern, hat die Begrenzung des Anstiegs der Lohnzusatzkosten bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme Priorität. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, auf welche Weise andere Einkunftsarten in die Finanzierung einbezogen werden können.

Die demografische Entwicklung stellt die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme vor große Herausforderungen. Künftig benötigt Deutschland ein jährliches Wirtschaftswachstum von 0,4% allein dazu, um die durch demografische Entwicklungen nötigen Veränderungen zu bewältigen.<sup>6</sup>

In den umlagefinanzierten Systemen müssen immer weniger Jüngere die Leistungen für immer mehr Ältere aufbringen. Im Vergleich zum Jahr 1960 ist zum Beispiel die Rentenbezugsdauer heute bereits um zwei Drittel höher und würde, verbliebe es beim heutigen Rentenrecht, weiter ansteigen. Das Verhältnis von Rentnern zu Beitragszahlern verändert sich aber nicht nur aufgrund der zunehmenden Rentenlaufzeiten, sondern auch aufgrund der niedrigen Geburtenrate zu Lasten der Beitragszahler. Bei einer Prognose in der Veränderung der Altersstruktur für das Jahr 2050 wird der Bevölkerungsrückgang im Land Brandenburg in der Gruppe der 0 bis unter 20-jährigen mit rund 40 Prozent im Bundesvergleich recht hoch liegen, die Zunahme bei den über 60-jährigen wird mit 73 Prozent am weitaus höchsten sein. Der Altersquotient - das Verhältnis der Gruppe der über 60-jährigen zur Gruppe der 20 bis unter 60-jährigen und damit in etwa das Verhältnis von Personen im Rentenalter zu Personen im erwerbsfähigen Alter - wird sich im Land Brandenburg besonders ungünstig entwickeln. Während der Altersquotient im Jahr 2050 im Bundesdurchschnitt auf 74,7<sup>7</sup> geschätzt wird, wird für das Land Brandenburg ein Quotient von 97,5 erwartet. Das bedeutet, auf eine Person im erwerbsfähigen Alter kommt annähernd eine Person ab 60 Jahre.

In Anbetracht dieser Entwicklung werden die betriebliche und die private Altersvorsorge zunehmend an Bedeutung gewinnen. Diese sind aufgrund ihres Finanzierungssystems weniger von der demografischen Entwicklung abhängig. In der Rentenversicherung wurde daher als zweiter Pfeiler des künftigen Rentensystems mit dem Aufbau eines kapitalgedeckten Rentensicherungssystems begonnen (Riester-Rente). Durch die staatliche Förderung der privaten Altersvorsorge wird die Möglichkeit für die heute Erwerbstätigen geschaffen, im Hinblick auf eine den bisherigen Lebensstandard sichernde Versorgung im Alter in Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung das abzudecken, was das umlagefinanzierte System aufgrund der demografischen Veränderungen nicht mehr allein abzusichern vermag. Diesem Ziel dient auch der vorgesehene Übergang auf eine nachgelagerte Besteuerung der Renten, weil dadurch finanzielle Spielräume bei den Beitragszahlern geschaffen werden.

Die Zulagen zur Riester-Rente werden von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert. Die Steuerbegünstigung von Aufwendungen zur Altersvorsorge führt bei den Gebietskörperschaften zu vermehrten Einnahmeausfällen. Sie leisten damit indirekt einen Beitrag zum Aufbau des Kapitalstocks einer privaten Altersvorsorge. Die geringeren Steuereinnahmen üben zusätzlichen Druck auf die öffentlichen Haushalte in Brandenburg aus.

Die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren und auf die bevorstehenden demografischen Risiken einzustellen bedeutet auch, dass die sonst drohenden zusätzlichen Belastungen der steuerfinanzierten öffentlichen Haushalte vermieden werden können. Den Gebietskörperschaften bleibt damit ihr Handlungsspielraum für strukturelle und investive Maßnahmen erhalten.

Während in der Rentenversicherung die demografische Entwicklung vor allem verteilungspolitische Konsequenzen hat, geht es in der Krankenversicherung auch um die angemessene Ausstattung der medizinischen Versorgung, wobei deren Finanzierung nur ein Aspekt ist. Die zunehmende Zahl älterer Menschen erfordert eine diesen speziellen Anforderungen angepasste Struktur der medizinischen Versorgung. Es besteht ein zunehmender Bedarf an ambulanten und teilstationären Diensten zur gesundheitlichen Betreuung älterer und nicht mehr so mobiler Menschen. Hinzu kommt ein vor allem im äußeren Entwicklungsraum sich abzeichnender Mangel an Ärzten und Pflegekräften. Hier besteht akuter Handlungsbedarf.

## **Auswirkungen auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft**

Die quantitative Ausprägung der Bevölkerungsentwicklung, mehr aber noch die strukturellen Veränderungen, haben in allen Teilräumen des Landes erhebliche Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt, auf alle Felder des politischen Handelns und die Strukturen politischer Entscheidungen sowie über die Veränderung der sozialen Zusammensetzung der Gesellschaft auch auf die zwischenmenschliche Kommunikation und auf das soziale Handeln.

Familienpolitik im engeren Sinne ist, ebenso wie die Steuerung von Zuwanderung zur Gewinnung von Arbeitskräften und zur Finanzierung des umlageorientierten Sozialversicherungssystems, Bundesangelegenheit. Die Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen muss aber auch Eingang finden in unternehmerische Entscheidungen und die Verhandlungen der Sozialpartner. Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind auch Aufgabe der Kinder-, Jugend- und Bildungspolitik des Landes sowie der Jugendhilfe in kommunaler Zuständigkeit.

Dies zeigt sich beispielhaft am Problem der - wegen des Arbeitsplatzmangels - anhaltenden Abwanderung junger und qualifizierter Frauen in andere Bundesländer. Damit wird nicht nur Know-how in die alten Bundesländer transferiert und es gehen dem Land qualifizierte und agile Beschäftigte verloren, sondern gleichzeitig verringert sich der Umfang der zukünftigen Elterngenerationen. Gegensteuern muss man primär durch Beschäftigungs- und Familienpolitik. Land, Kommunen und eine tolerante Gesellschaft aber müssen lebenswerte Rahmenbedingungen für Familien im Land Brandenburg schaffen.

Im vorliegenden Kapitel werden Auswirkungen und potentielle Handlungsfelder für Politik, Verbände und Vereine skizziert. Angesichts der dramatischen Strukturbrüche in einigen Teilen des Landes, können Lösungswege nur gemeinschaftlich von allen Betroffenen erarbeitet und umgesetzt werden.

### **Wirtschaft**

Die entgegengesetzte Bevölkerungsentwicklung mit Wachstum im Berliner Umland und Bevölkerungsrückgang im äußeren Entwicklungsraum sowie zusätzlich der altersstrukturelle Wandel in allen Teilräumen des Landes wird vielfältige Auswirkungen in der wirtschaftlichen Entwicklung haben:

- Besonders die Bereiche Tourismus, Gesundheitswirtschaft, Ernährungsindustrie/Textil und Bekleidung/Möbel/Elektrogeräte, Handwerk und Einzelhandel werden berührt sein.
- Im äußeren Entwicklungsraum wird die Nachfrage nach täglichen Bedarfs- bzw. Konsumgegenständen zurückgehen (Nahrungsmittel, Medien, Kleidung, Elektrogeräte, Auto u.a.).
- Die wachsende Zahl von Senioren kann sich zu einer wirtschaftlich interessanten Zielgruppe für regional erzeugte, hochwertige Lebensmittel entwickeln. Steigende Nachfrage nach gesunden heimischen Lebensmitteln ist zu erwarten (Frische als Qualitätsmerkmal, Produkte aus dem Ökolandbau, Gesundheits- und Diätprodukte). Das gilt auch für die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen: Erfahrungsgemäß sind Senioren bereit, für die Erhaltung ihrer Gesundheit finanziell mehr aufzuwenden, selbst wenn das nicht von der Sozialversicherung gedeckt wird. Dies gilt insbesondere für die Nutzung von Wellness-Angeboten, aber auch für physiotherapeutische und andere Gesundheitsdienstleistungen. Gerade die brandenburgischen Kurorte können hiervon profitieren.
- Wegen der zunehmend notwendigen individuellen Absicherung von Lebensrisiken wird sich Niveau und Struktur der zahlungsfähigen Nachfrage privater Haushalte ändern.
- Mit dem Rückgang der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter sinkt die Zahl der potenziellen Existenzgründer.
- Der Generationenwechsel bei Selbständigen ist vielfach nicht gesichert: Die Zahl der erfolglosen Versuche zur Betriebsübergabe insbesondere im Handwerk wird zunehmen und die unternehmerische Basis des Landes schwächen. In landwirtschaftlichen Unternehmen kann sich die seit Mitte der 90er Jahre deutlich rückläufigen Absolventenzahlen der landwirtschaftlichen Fach- und Hochschulen erschwerend auf Betriebsübergaben auswirken.

- Sinkende kommunale Einnahmen engen die Spielräume zur Entwicklung und Erneuerung der Infrastruktur als Voraussetzung für Ansiedlung weiter ein.
- Der allgemeine Trend, Produktionsprozesse voll zu automatisieren, wird sich verstärken. Die Nachfrage nach jenen Verfahrensinnovationen, die Erfolge bei der Einsparung des Produktionsfaktors Arbeit versprechen, wird steigen.

Land und Kommunen ebenso wie die Anbieter von Sozial-, Gesundheits-, Verkehrs- und anderen Dienstleistungen sowie die Wirtschaft müssen Antworten finden auf die für ihre Organisation und ihre Klientel relevanten Probleme.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie und in welchem Umfang muss eine notwendige stärkere regionale und/oder sektorale Konzentration der Fördermittel erfolgen? (Clusterbildung, Kompetenzzentren etc.)
- Welche Beschäftigungspotentiale bietet der ländliche Raum?
- Wie können Wissenschaft und Wirtschaft in bezug auf Aus- und Existenzgründungen besser verzahnt werden?

### Arbeitsmarkt

Die demografische Entwicklung wird zu einem Rückgang der Erwerbspersonen führen und damit zumindest rein rechnerisch die Relation zwischen verfügbaren Arbeitsplätzen und dem Arbeitskräfteangebot in Brandenburg verbessern. Trotzdem wird kaum eine Reduzierung der hohen Sozialarbeitslosigkeit erwartet, da Angebot und Nachfrage vor allem bei den Qualifikationen und künftigen Berufsfeldern nicht passfähig sind (Mismatch-Arbeitslosigkeit). Trotz hoher Arbeitslosigkeit macht sich schon heute in einzelnen Branchen ein Fachkräftemangel bemerkbar, der zukünftig alle Branchen erfassen könnte. Das hohe Durchschnittsalter der Beschäftigten im privaten, aber auch im öffentlichen Sektor wird sich in naher Zukunft mit Eintritt der geburtenschwachen Jahrgänge in den Arbeitsmarkt noch weiter erhöhen.

Mit folgenden Wirkungen ist zu rechnen:

- Bis 2021 werden sich die Altersabgänge von Erwerbspersonen erheblich erhöhen. Im engeren Verflechtungsraum wird die Zahl der über 65-Jährigen von 140.000 auf 236.000 steigen, im äußeren Entwicklungsraum von 282.000 auf 373.000. Dem steht jedoch ab dem Jahr 2005 ein deutlich spürbarer Rückgang der Schulabsolventenzahlen gegenüber, der in den Jahren 2010–2012 den Tiefstand erreicht haben wird. Im Jahr 2020 werden 71.000 Schüler im Bereich der Sekundarstufe I (7-10. Klasse) unterrichtet, 2001 waren es doppelt so viele.
- Die demographische Entwicklung birgt eine doppelte Herausforderung: Einem Fachkräftebedarf einerseits wird voraussichtlich eine strukturelle Langzeitarbeitslosigkeit andererseits gegenüberstehen, wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden. In Folge der rückläufigen Entwicklung der Bevölkerung wird künftig ferner die Ausbildungsplatznachfrage zurückgehen. Wegen des hohen Bestandes an so genannten Altnachfragern wird sich der Rückgang der Zahl der Auszubildenden aber nicht unmittelbar, sondern erst mit zeitlicher Verzögerung auf dem Ausbildungsmarkt niederschlagen.
- Der demografische Wandel in Form des starken Geburtenrückganges hat die Einrichtungen der Kindertagesbetreuung, gefolgt von den Grundschulen, zuerst getroffen. Die notwendigen Anpassungen bei der Zahl der Standorte, deren Größe, aber auch beim pädagogischen Personal sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits vollständig vollzogen. Gegenwärtig liegt der Altersdurchschnitt der verbliebenen Erzieherinnen bei über 45 Jahren. Nach dem Jahre 2004 werden wegen der relativ homogenen Altersstruktur sehr viele Erzieherinnen gleichzeitig in den Ruhestand treten. Zumindest im engeren Verflechtungsraum wird zusätzliches pädagogisches Personal benötigt.
- Das altersbedingte Ausscheiden von pädagogischem Personal für die Kindertagesbetreuung bedeutet im engeren Verflechtungsraum, Jüngeren mit qualifiziertem Abschluss in der Zukunft eine Beschäftigungschance eröffnen zu können, da hier im Vergleich zum äußeren Entwicklungsraum mit stabilen Kinderzahlen im Alter bis zu 6 Jahren gerechnet werden kann.

- Die Altenpflege gehört zu den Wachstumsbranchen, in denen Arbeitsplätze auch in den Schwerpunkttorten der strukturschwachen Regionen entstehen werden. Einem wachsenden Bedarf an Pflegefach- und –hilfskräften - wegen des Anstiegs der Zahl der pflegebedürftigen alten Menschen – steht eine rapide sinkende Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger gegenüber.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie kann das vorhandene Arbeitskräftepotential durch die Förderung von Arbeit und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt quantitativ und qualitativ erhalten bzw. “ertüchtigt“ werden?
- Wie können Beschäftigungspotenziale auch für geringer Qualifizierte und Ältere für den Wirtschaftsstandort Brandenburg besser erschlossen werden?
- Wie kann eine qualitativ hochwertige duale, überbetriebliche und Verbundausbildung gesichert werden?
- Welche Perspektiven könnte eine gezielte Anwerbung von Arbeitskräften bzw. Zuwanderungspolitik entfalten?

## **Frauen und Familie**

In Folge der prognostizierten demografischen Entwicklung und des daraus resultierenden Fachkräftemangels ist es unabdingbar, die Ressourcen der Frauen für eine höhere Erwerbsbeteiligung zu nutzen. Die Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern und der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sind angesichts des rapiden Geburtenrückganges und der gleichzeitigen Überalterung der Bevölkerung ökonomisch notwendig und eine zentrale gesellschaftliche Herausforderung.

Nicht zuletzt der drastische Rückgang der Erwerbstätigen macht es erforderlich, die Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben zu erhöhen. Da sich die berufliche und räumliche Mobilität, insbesondere der Frauen, verstärkt hat, sind auch zukünftig weitere Anstrengungen zur Unterstützung der Familien notwendig, wie die Sicherung, die Flexibilisierung und die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung, der Ausbau von Ganztagsbetreuung sowie flexible Strukturen zur Betreuung von pflegebedürftigen Familienangehörigen. Eine wesentliche Rolle bei der Schaffung der Balance zwischen Familie und Arbeitswelt spielen die privaten und öffentlichen Arbeitgeber. Ihr Engagement ist gefragt bei der Gestaltung einer familienbewussten Personal- und Sozialpolitik und der Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen. Zur Umsetzung sind z. B. flexible Arbeitszeit- und Arbeitsorganisationsformen oder Maßnahmen zur höheren Inanspruchnahme der Elternzeit durch Väter geeignet.

Auch wenn die Entscheidung für Kinder und damit das generative Verhalten der Erwachsenen Privatsache ist und bleibt, ist es Aufgabe des Staates, durch günstige Rahmenbedingungen für Familien, die Bereitschaft Kinder zu bekommen und die Freude am Leben mit Kindern zu stärken. Einflussfaktoren dabei sind einmal familienpolitische Transferleistungen, die bundesrechtlich geregelt sind, und eine familien- und kinderfreundliche Infrastruktur, für die im wesentlichen die Länder und die Kommunen verantwortlich sind. Angesichts des Wunsches der jungen Frauen, berufstätig zu sein und Kinder zu haben, hat die Sicherung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit durch ein adäquates Kinderbetreuungsangebot hier hohe Priorität.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie kann das Kinderbetreuungssystem so weiterentwickelt werden, dass es den qualitativen Anforderungen der Eltern und ihrer Kinder ebenso entspricht wie den zeitlichen Anforderungen, die sich aus der Flexibilisierung der Arbeitsorganisations- und Arbeitszeitformen ergeben?
- Wie können die Ansätze insbesondere in ländlichen Regionen gestärkt werden durch individuelle und familienfreundliche Hilfsangebote zur Verbesserung der beruflichen Mobilität und um der Vereinsamung von Müttern mit kleinen Kindern entgegenzuwirken?

- Was kann zur Verbesserung der Familienbildungsarbeit und der Familienberatung getan werden?
- Wie können verstärkt Ressourcen des Gemeinwesens mobilisiert werden, um Mütter und Väter bei der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Familienangehörigen zu unterstützen?
- Lässt sich Kinder- und Familienfreundlichkeit besser als bisher als weicher Standortfaktor entwickeln?
- Welche Maßnahmen sind zur Sensibilisierung der Unternehmen zur Schaffung der Balance zwischen Familie und Arbeitswelt geeignet?

## **Bildung**

Der drastische Geburtenrückgang durchläuft alle Institutionen und hat die Einrichtungen der Kinderbetreuung sowie des Bildungswesens als erste erreicht. Über die Stationen Kindertagesbetreuung - Grundschule und Hort - Sekundarstufe I - Sekundarstufe II - Jugendeinrichtungen – Berufsbildung – Hochschulen setzt sich das Wellental der stark rückläufigen Kinderzahlen weiter fort:

- Die Kindertagesbetreuung war mit dem Geburtenrückgang in der ersten Hälfte der neunziger Jahre als erstes konfrontiert. Die notwendigen Anpassungen bei der Zahl der Standorte, deren Größe, aber auch beim pädagogischen Personal sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt bereits vollzogen. Dabei wirft die durch Kündigung nach Sozialauswahl erreichte schwierige Personalstruktur und der zukünftige quantitative und qualitative Personalbedarf strukturelle und konzeptionelle Probleme auf.
- Die geburtenschwachen Jahrgänge sind gegenwärtig bereits durch die Grundschule hindurch gewachsen. Infolge der Schülerzahlenentwicklung wurden ca. 200 von ehemals 663 Grundschulen aufgelöst. Für das laufende Schuljahr 2003/04 ist mit den niedrigsten Schülerzahlen in diesem Schulbereich zu rechnen. Danach werden sich die Schülerzahlen auf einem geringfügig höheren Niveau stabilisieren. Der durchschnittliche Einzugsbereich einer Grundschule beträgt heute in Brandenburg 4.700 Einwohner bzw. ca. 65 km<sup>2</sup>. Zum Vergleich: Mecklenburg-Vorpommern: 54 km<sup>2</sup>, Schleswig-Holstein: 32 km<sup>2</sup>.
- In der für die Sekundarstufe I in Frage kommenden Altersgruppe (12 bis unter 16 jährige) beginnt gegenwärtig der drastische Rückgang der Schülerzahlen. Die Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe wird sich bis zu den Schuljahren 2007/08 bis 2010/11 gegenüber 2001 in etwa halbieren. In diesem Bereich müssen mehr als 200 von ehemals 457 weiterführenden Schulen aus dem Netz genommen werden. Im Jahr 2020 werden im äußeren Entwicklungsraum die Schülerzahlen 46 %, im eV 66 % des Basiswertes von 2001 betragen. Das hat eine starke Vergrößerung der Schuleinzugsbereiche zur Folge: Sie werden bei den Gymnasien von 278 km<sup>2</sup> auf durchschnittlich 350 km<sup>2</sup> wachsen (Schleswig-Holstein: 154 km<sup>2</sup>) und bei den übrigen Sek-1-Schulen von 88 auf 195 km<sup>2</sup> (Schleswig-Holstein: 36 km<sup>2</sup>).
- Noch einmal um etwa vier Jahre zeitversetzt erreichen die dünnen Altersjahrgänge schließlich die gymnasialen Oberstufen und parallel zur beruflichen Erstausbildung die Oberstufenzentren im Land Brandenburg. Hier sind die niedrigsten Schülerzahlen zwischen 2010 und 2015 zu erwarten.
- Mit dem am 17. Dezember 2002 beschlossenen Schulressourcenkonzept hat die Landesregierung eine integrierte Strategie vorgelegt, um die demografisch bedingten Entwicklungen – Schülerzahlenrückgang, Lösung der Beschäftigungsprobleme im Lehrerbereich und Beitrag zur Haushaltskonsolidierung – miteinander zu verknüpfen und eine konsolidierte Ausstattung der Schulen sicher zu stellen.
- Bei unveränderten Rahmenbedingungen wird sich eine ähnliche Entwicklung ab 2020 als „demografisches Echo“ in etwas abgeschwächter Form wiederholen und dann erneut Anpassungen im Bildungsbereich erfordern.

Die Zahl der Jugendlichen (14 bis unter 21) wird erst nach 2005 spürbar zurückgehen. Bei der Standortplanung für Einrichtungen der offenen Jugendarbeit unterscheiden sich ländlicher und städtischer Raum in erheblichem Maße. In Städten kann auf die geringere Nachfrage relativ einfach durch verringerte Angebote und die Konzentration auf weniger Einrichtungen reagiert werden. Im dünnbesiedelten ländlichen Raum sind Jugendeinrichtungen in Frage gestellt, wenn sie weiter als 10-15 km vom Wohnort befinden, da die durch Schule und Ausbildung begrenzten Zeitbudgets der Jugendlichen solche Einrichtungen schlecht erreichbar machen. In erster Linie wird es deshalb nötig sein, die Angebote der Jugendarbeit an diejenigen Orte zu bringen, an denen es noch in größerer Zahl Jugendliche gibt und an denen sie die wesentlichen Zeiteile während der Woche verbringen – die Schulen. Insbesondere in Ganztagschulen der Sekundarstufe I wird es hervorragende Anknüpfungspunkte für eine Kooperation von Jugendhilfe und Schule geben. Das wird sich auch mit den Interessen der freien Träger der Jugendarbeit und der Jugendverbände decken, die Jugendlichen dort zu erreichen, wo sie sind. Neben der Stärkung der Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe ist es erforderlich, Strategien für eigene Angebote der Jugendarbeit auch in ländlichen Regionen zu entwickeln. Dabei ist verstärkt auf die Erfahrungen der selbstorganisierten Angebote und der Jugendkoordinatoren zurückzugreifen.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie kann das Qualifikationsniveau der Schulabgänger den Anforderungen der Wirtschaft besser angepasst werden?
- Welche Maßnahmen sind zur weiteren Anpassung der Schulstandorte an die Bevölkerungsentwicklung erforderlich?
- Kann bei notwendigen Neubauten gleich eine spätere Nutzungsänderung eingeplant werden?
- Ist die langfristige Finanzierung der Folgekosten für Bildungseinrichtungen gewährleistet?
- Ist die Bildungsinfrastruktur auch anderen Nutzern und anderen Nutzungen zugänglich? (Volkshochschule, betriebliche Weiterbildung, organisierter und nicht-organisierter Sport etc.)
- Wie kann nach Kapazitätsabbau und Einschränkung des Leistungsumfanges aufgrund des Rückganges der Kinderzahlen eine langfristige Perspektive für die Kindertagesbetreuung erreicht werden?

## **Wissenschaft und Forschung**

Die Wirkungen im Bereich Wissenschaft und Forschung sind zu großen Teilen indirekter Natur. Durch den sinkenden Bevölkerungsanteil Jüngerer gibt es auch hier ein Nachwuchsproblem, das zu sinkender Innovationsfähigkeit führen kann.

- Der Höhepunkt der Nachfrage nach Studienplätzen wird in den Jahren 2007/08 erreicht.
- Der Rückgang bei den „agilen Jahrgängen“ (20- bis unter 45-jährige) bedeutet einen Verlust an Wachstumsdynamik wegen sinkender Risikobereitschaft und verzögerten Wissenstransfers.
- Die Alterung und die Abnahme der Bevölkerungszahl könnte sich negativ auf den technischen Fortschritt und die Innovationsfähigkeit und damit die wirtschaftlichen Wachstumspotenziale auswirken.
- Je weniger Menschen als potenzielle Forscher und Erfinder vorhanden sind, um so geringer ist auch die Wahrscheinlichkeit von neuen Entdeckungen und Innovationen. Da der äußere Entwicklungsraum von Alterung und überdurchschnittlichem Bevölkerungsrückgang betroffen ist, wird er auch stärker als der engere Verflechtungsraum von sinkender Innovationsfähigkeit betroffen sein.
- Der Fortbestand der Forschungseinrichtungen ist weitgehend unabhängig von der demografischen Entwicklung, da als Maßstab überregionale und internationale Kriterien den Ausschlag geben. Es ist davon auszugehen, dass die Forschungskapazität der Forschungseinrichtungen auf dem derzeitigen Stand mittel- bis langfristig erhalten bleibt.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Können fehlende F+E-Abteilungen in den Betrieben durch wirtschaftsnahe Forschung an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen kompensiert werden?
- Wie kann Know-how-Transfer effizient und effektiv organisiert werden?
- Wie können Hochschulabsolventen stärker zur Existenzgründung im Land Brandenburg animiert werden?

## **Sozialwesen**

Infolge des altersstrukturellen Wandels werden die Senioren einen wesentlich größeren Bevölkerungsanteil stellen als heute. Dabei stellen die Hochaltrigen (80 Jahre und älter) die Altersgruppe dar, die relativ am stärksten wächst. Mit der Zahl der alten Menschen steigt die Zahl derer mit Krankheiten und Behinderungen, verbunden mit steigendem Pflegebedarf. Gesamtgesellschaftlich stehen wir vor folgender Situation:

- Der Bedarf an alten- und behindertengerechter Infrastruktur und entsprechender Dienstleistungen wird steigen. Aktuell ist z.B. die Anzahl der Pflegeplätze noch weitgehend ausreichend. Es ist aber von einem steigenden Bedarf auszugehen. Zur Beherrschung der Kosten wird die Stabilisierung des Anteils der häuslichen Pflege an der Gesamtversorgung erforderlich. Dem steht jedoch gegenüber, dass durch die Veränderung innerfamiliärer Generationsbeziehungen, die steigende Anzahl kinderloser Alter, älterer Alleinlebender bzw. von Ehepaaren ohne Angehörige die familiären Netze abnehmen.
- Die wachsende Zahl Älterer und die steigende Lebenserwartung führen zu einem höheren Bedarf an Hilfe und Unterstützung. Um z.B. die Sozialhilfeausgaben im Bereich der Hilfe zur Pflege zu begrenzen, muss Altersarmut entgegengewirkt werden. Dazu ist auch künftig eine existenzsichernde Funktion der Rentenversicherung erforderlich.
- Die zunehmend agileren Senioren sind an einer aktiven Teilhabe an der Gesellschaft interessiert. Damit wächst das Potenzial für bürgerschaftliches Engagement – dieses muss erschlossen und das Wissen und die Erfahrungen der Senioren genutzt werden.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Ist die derzeitige Organisation der Altenpflege in Anbetracht der erheblichen Zunahme hochbetagter Menschen noch finanzierbar und welche Alternativen gibt es ggf.?
- Wie wird sichergestellt, dass ein bedarfsgerechtes Angebot an Pflegeplätzen und altengerechtem Wohnen zur Verfügung steht?
- Wie wird sichergestellt, dass ausreichend Personal zur Bewältigung der sozialen Betreuung insbesondere für die Altenpflegerischen Aufgaben zur Verfügung steht?

## **Medizinische Versorgung**

Grundsätzlich bedingt ein Rückgang der Bevölkerung größere Entfernungen zu regionalen Dienstleistern. Die zunehmende Zahl Älterer mit entsprechend altersbedingten Krankheiten wird erhebliche Auswirkungen auf die Tragfähigkeit der Systeme zur gesundheitlichen Versorgung haben.

Die Politik muss sich auf die folgenden Auswirkungen einstellen:

- Der wachsende und sich verändernde Bedarf an medizinischer Betreuung trifft auf einen Trend der abnehmenden Zahl praktizierender Ärzte in der ambulanten Versorgung insbesondere in ländlichen Regionen. Immer weniger Ärztinnen und Ärzte sind unter den gegebenen Bedingungen bereit, sich in dünn besiedelten Gebieten im äußeren Entwicklungsraum niederzulassen.
- In der Krankenhausversorgung erfordert die Zunahme der Zahl älterer Patienten bei gleichzeitigem Rückgang der Patienten im Kindesalter strukturelle Anpassungen.
- Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gesundheitswesens wird steigen. Es ist bereits heute einer der wichtigsten Arbeitgeber und trägt in den neuen Ländern noch stärker zur Wertschöpfung bei als in den alten Ländern.

- Aufgrund der Alterung der Gesellschaft werden wirtschaftliche Aktivitäten aus dem Bereich Gesundheitswirtschaft an Bedeutung gewinnen. Die bereits bestehenden Potenziale (Kureinrichtungen, Medizintechnikproduzenten, Krankenhäuser als Nachfrager) sind miteinander zu vernetzen.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Reagiert die Angebotsplanung im Land angemessen auf die Bedarfsverschiebungen in der medizinischen Versorgung und Betreuung in Folge der steigenden Zahl älterer Menschen?
- Welche Konsequenzen müssen aus der Altersstruktur des medizinischen Personals gezogen werden?
- Welche Versorgungsbereiche können bzw. müssen als mobile Dienste angeboten werden?
- Wie kann die medizinische Versorgung in dünn besiedelten Räumen gesichert werden?
- Welche Unterstützungen kann e-health leisten, insbesondere in ländlichen Regionen?
- Welchen Beitrag kann der Gesundheitstourismus für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes leisten?

## **Kultur**

Im Kulturbereich sind die Wirkungen sehr unterschiedlich:

- Vom demografischen Wandel relativ unabhängig sind das immobile kulturelle Erbe (z.B. Baudenkmale, Gedenkstätten), das ortsbezogene kulturelle Erbe (z.B. Archiv- und Museumsbestände) und die nicht primär einwohnerbezogenen Einrichtungen und Projekte (z.B. touristisch relevante Angebote, Akademien, Stipendienhäuser).
- Von der Bevölkerungszahl und Alterstruktur abhängig ist dagegen die Nachfrage bei Musikschulen, Theatern, Museen, Schlössern und Gärten, Bibliotheken, Galerien, soziokulturellen Zentren.

Bisher sind in Brandenburg noch keine signifikanten Nachfrageveränderungen bei Kultureinrichtungen, die besucherabhängig sind, zu verzeichnen. Dies gilt auch für die Teilräume des Landes, die bereits heute erhebliche Auswirkungen der demografischen Entwicklung spüren. Weder haben die Theater dort zurückgehendes Publikumsinteresse zu beklagen, noch etwa die soziokulturellen Zentren. Die Nachfrage nach Musikschulplätzen ist in den vergangenen Jahren sogar gestiegen. Die mittelfristige Nachfrageentwicklung lässt sich – wegen fehlender Erfahrungswerte – nur schwer prognostizieren.

Im engeren Verflechtungsraum kann für die Zukunft insgesamt eine quantitativ stabile bis leicht steigende Nachfrage nach kulturellen und künstlerischen Leistungen erwartet werden. Im äußeren Entwicklungsraum kann hingegen mittelfristig mit Bedarfsreduzierungen gerechnet werden, insbesondere bei kinder- und jugendorientierten Einrichtungen oder solchen Einrichtungen, die im Rahmen der Alltagsmobilität für zu wenige Menschen erreichbar sind.

Mittelbar wird durch die rückläufige kommunale Finanzkraft und die dadurch sinkenden Möglichkeiten zur Finanzierung und Förderung von Kunst und Kultur mit wesentlich stärkeren Auswirkungen auf die gesamte kulturelle Substanz gerechnet, als durch die unmittelbaren demografischen Veränderungen.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie kann die Zusammenarbeit der Kommunen untereinander und mit freien Trägern so entwickelt werden, dass gemeinsam ein kulturelles und künstlerisches Angebot in hoher Qualität gesichert werden kann?
- Werden regionale Kooperationen auch über die Landesgrenzen hinweg aufgebaut?
- Welche mobilen Angebote können bislang stationäre Angebote ersetzen und so vor allem die Versorgung der Bevölkerung im äußeren Entwicklungsraum sichern?
- Wie kann das kulturelle Erbe auch künftigen Generationen erhalten werden?

## **Kirchen**

Insbesondere die evangelische Kirche ist durch den demografisch bedingten Rückgang der Bevölkerung in erheblichem Maße betroffen. Einerseits bleibt in der gesamten Fläche die Nachfrage nach kirchlichen „Leistungen“. Dies betrifft unmittelbar religiös-kirchliche Leistungen, wie Kasualien und Seelsorge, wie auch „entferntere“ Angebote, wie kirchliche Kultur- und Jugendarbeit. Andererseits werden immer kleinere Kirchengemeinden das bisher gewährleistete Angebot nicht in vollem Umfang aufrecht erhalten können und die Erhaltung einer Grundstruktur im Berlin fernen Raum nur durch innerkirchlichen Ausgleich möglich sein. Die Katholische Kirche ist nur in Berlin nahen Räumen sowie der Lausitz in stärkerem Maße präsent. Infolge von Zuwanderungen (Binnenwanderungen und Zuwanderungen aus dem Ausland) kann die Katholische Kirche ihre Mitgliederzahlen eher stabilisieren.

## **Sorben**

Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Entfaltung der sorbischen Kultur weniger von den demografischen Entwicklungen als vielmehr von soziopsychologischen Faktoren abhängig. So konnte seit der Wende durch gezielte Förderung des sorbischen Volkes das Interesse an sorbischem Volkstum erheblich gestärkt werden. Soweit ein größerer Teil der Bevölkerung als in früheren Zeiten sich zum sorbischen Volk bekennt, ist die Stabilität des sorbischen Volkes gesichert.

## **Sport**

Im Sport nimmt der Organisationsgrad seit Jahren kontinuierlich zu und birgt noch erhebliche Entwicklungspotenziale in sich. Ein Anstieg des Organisationsgrades um weniger als einen Prozentpunkt würde den rechnerischen Rückgang durch die rückläufige Bevölkerungszahl bereits vollständig kompensieren. Allerdings sind erhebliche Verschiebungen zwischen den verschiedenen Altersgruppen unausbleiblich. Mit der von der Landesregierung am 25. November 2003 geänderten Bäderplanung bis 2006 wird den demografischen Veränderungen und der Bedarfsentwicklung im Bereich kostenintensiver Sportstätten Rechnung getragen.

Probleme werden insbesondere in den ländlichen Räumen nicht zu vermeiden sein. Dort ist der Sport stark durch Monostrukturen im Vereinssport geprägt - traditionell Fußball mit einem hohen Anteil männlicher Kinder bzw. Jugendlicher – und stellt insbesondere die auf Mannschaftssportarten fixierten Sportvereine am stärksten vor existentielle Probleme. Es ist davon auszugehen, dass sich die regionalen Differenzierungen in der Sportbeteiligung als Stadt-Land-Gefälle und zwischen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum noch weiter verschärfen werden. Insbesondere dort, wo Sportstätten unabhängig von langfristig gesicherten Schulstandorten existieren, können durch demografisch und strukturell bedingte Sportnachfragerückgänge Nutzungs-, Nachnutzungs- oder Trägerschaftsprobleme entstehen.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Ist die Finanzierung der Folgekosten bzw. sinnvoller alternativer Nutzungskonzepte der in den letzten Jahren mit Fördermitteln aufgebauten Infrastruktur (Sporthallen, Bäder) gewährleistet?
- Sind die Grenzen der Auslastung erreicht oder können neue Nutzergruppen erschlossen werden?
- Können die (neuen) Nutzer an den Kosten beteiligt werden?
- Wie können Sportvereine zu notwendigen Strukturanpassungen angeregt und ggf. unterstützt werden?

## **Recht und öffentliche Sicherheit**

Zwei große Entwicklungen werden Kriminalitätsstruktur und -formen in den kommenden Jahren in Brandenburg bestimmen:

- Zunehmende international organisierte Kriminalität (Globalisierung, Terrorismus, Ausweitung neuer Informationstechnologien, zusammenwachsendes Europa),
- altersbedingte Veränderungen in der Kriminalitätslage.

Ein Aspekt ist die zahlenmäßigen Verkleinerung der Altersgruppe der unter 25-Jährigen. Möglicherweise hat dies Einfluss auf die absolute Anzahl von Straftaten, an denen diese Altersgruppe den größten Anteil hat (1999: 46%; Während der Anteil der unter 25-jährigen an der Gesamtbevölkerung von 1999 bis 2002 um 1,4 % zurückgegangen ist, sank die Gesamtzahl der Straftaten um 3 %). Allerdings ist zu erwarten, dass mit zunehmendem Anteil älterer Menschen – als Opfer – bestimmte Delikte zunehmen bzw. – als Täter – Kriminalitätsphänomene sich ändern. Insoweit sind derzeit valide Prognosen zu absoluten Zahlen der Kriminalitätsentwicklung kaum möglich.

Im Zusammenhang mit der teilträumlich unterschiedlichen Bevölkerungsentwicklung ist auch eine differenzierte Entwicklung des Kriminalitätsgeschehens zu erwarten. Dieser Aspekt muss auch in einer differenzierten Kräfteberechnung berücksichtigt werden.

Der Geschäftsanfall bei den einzelnen Gerichten im Land Brandenburg wird sich unterschiedlich entwickeln. Während die Eingangszahlen bei den Gerichten im Berliner Umland aufgrund des Bevölkerungszuwachses eher steigen werden, dürften sie im übrigen Land tendenziell sinken. Zudem sind mehr Verfahren zu erwarten, in denen der Verfahrensgegenstand mit altersspezifischen Problemen zu tun hat.

Im Bereich des Brand- und Katastrophenschutzes ist mit weniger ehrenamtlichen Helfern zu rechnen. So wird im äußeren Entwicklungsraum die Zahl der aktiven Mitglieder von freiwilligen Feuerwehren voraussichtlich um 15 bis 20 % sinken.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Sind Struktur und Größe von Einrichtungen der Justiz (Staatsanwaltschaften, Gerichte, Justizvollzugsanstalten, Bewährungshilfe etc.) aufgrund der Alterung der Gesellschaft und der räumlichen Verteilung der Bevölkerung noch angemessen?
- Wie müssen Strategie und Personaleinsatz der Polizei sowie des Brand- und Katastrophenschutzes auf die Veränderung der Bevölkerungsstruktur und deren räumliche Verteilung reagieren?

## **Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft**

Von den rund 165.000 leer stehenden Wohnungen im Land (Mikrozensus 2002) befinden sich rund 59.000 Wohnungen (ca. 35 %) in 22 Stadtumbaustädten, 66.000 Wohnungen (ca. 40 %) in den sonstigen Städten mit mehr als 5.000 Einwohnern und rund 40.000 leer stehende Wohnungen (rund 25 %) in den kleinen Orten mit bis zu 5.000 Einwohnern. Dabei sind die Leerstände im Vergleich zu 1998 im engeren Verflechtungsraum gesunken, während sie im äußeren Entwicklungsraum stark gestiegen sind. Der Leerstand konzentriert sich auf die Teilmärkte Plattenbau und unsanierte Altbauwohnungen.

Trotz sinkender Einwohnerzahlen und Wohnungsleerstand auf Teilmärkten wächst die Zahl der Haushalte noch bis ungefähr 2010. Dabei ist davon auszugehen, dass sich der Trend zur Bildung von Wohneigentum fortsetzen wird, wodurch sich der Leerstandsdruck auf den Mietwohnungsbestand weiter erhöht.

Für die Wohnungsunternehmen im äußeren Entwicklungsraum steigt mit dem Leerstand die Insolvenzgefahr. Zur Zeit hat der Leerstand bereits bei fast 50 Unternehmen die existenzbedrohende Höhe von 15 % überschritten.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Mit welchen Maßnahmen kann die Stadt-Umland-Wanderung eingedämmt werden?
- Wie kann die vorhandene Nachfrage nach Wohneigentum in die Städte und hier besonders in den vorhandenen Wohnungsbestand gelenkt werden?
- Wie kann der für die Konsolidierung der Wohnungsmärkte notwendige Wohnungsabriss beschleunigt werden?
- Wie können wirtschaftlich sinnvolle Fusionen von Wohnungsunternehmen, auch gemeindeübergreifend forciert werden?
- Wie kann der Wohnungsbestand an veränderte Wohnbedürfnisse (insbesondere der Senioren) angepasst und weiter entwickelt werden?

## **Ver- und Entsorgung**

Viel stärker als die Bevölkerungsentwicklung beeinflussen gegenwärtig und in Zukunft die Maßnahmen zur Abfallvermeidung und -verwertung das Abfallaufkommen (Verpackungsverordnung, Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz). Unabhängig davon sinken die spezifischen Verbräuche aufgrund technologischer Entwicklungen und geänderten Verbrauchsverhaltens z. T. erheblich.

Im Bereich der Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung im äußeren Entwicklungsraum müssen die kommunalen Ver- und Entsorgungsträger damit rechnen, dass die Anzahl der Anschlussnehmer stark abnimmt. Das wird erhebliche ökonomische, aber auch funktionale Probleme hinsichtlich des Betriebes der Netze und Anlagen nach sich ziehen. Zwischen ländlichen und urbanen Gebieten des äußeren Entwicklungsraumes werden dabei grundsätzlich keine Unterschiede in der Problemstruktur bestehen. Die Folgewirkungen der Minderauslastung von Netzen und Anlagen der Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung können sein:

- Trinkwasser: Hygienische Probleme durch Keimbelastung infolge zu geringen Durchsatzes in den Leitungen,
- Abwasser: Vermehrte Bildung von Schwefelsäuren, wodurch Leitungen durch Korrosion zerstört werden, sofern nicht – z. T. aufwändige – Gegenmaßnahmen ergriffen werden,
- Eine höhere finanzielle Belastung für die verbleibende Bevölkerung bei Bevölkerungsrückgang, da der relativ hohe Anteil an Fixkosten auf die geringere Zahl der verbliebenen Einwohner umgelegt werden muss.
- Eine Ausdünnung der Bevölkerung stellt auch die Finanzierung von Neu- und Ersatzinvestitionen in Frage, insbesondere in den ohnehin schon dünn besiedelten ländlichen Räumen.

Auch die Energieversorgungsinfrastruktur (Strom und Fernwärme, aber auch Gas) steht vor Tragfähigkeitsproblemen ähnlich wie alle Infrastrukturnetze. Diese Netze müssen für immer weniger Nutzer aufrechterhalten werden und werden damit spezifisch immer teurer. Die rückläufige Dichte insbesondere in den peripheren Teilräumen Brandenburgs gefährdet dort vor allem den wirtschaftlichen Betrieb von Fernwärmenetzen, da die wirtschaftlich notwendige Abnahmemenge unterschritten werden könnte.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Sind die Förderkonzepte für leitungsgebundene Infrastruktur (u.a. im Trink- und Abwasserbereich, Energie und Fernwärme, Telekommunikation usw.) noch bedarfsorientiert und richten sich nach der prognostizierten Bevölkerungsentwicklung?
- Sind Wohnungsrückbau und Rückbau von Ver- und Entsorgungseinrichtungen auch unter betriebswirtschaftlichen Aspekten ausreichend miteinander abgestimmt?

## **Natürliche Lebensgrundlagen**

Die Zunahme der Bevölkerungszahl im engeren Verflechtungsraum führt dort zu weiter anhaltendem Siedlungsdruck. Demgegenüber wird die rückläufige Bevölkerungszahl im äußeren Entwicklungsraum zu weiter sinkenden Bodenpreisen mit anhaltender Suburbanisierung um die kleinen Städte, zu Gebäudeleerstand mit Altlasten und zu einem teilweisen Wegfall von bisheriger Nutzung des Raumes führen.

Maßnahmen, die zur Zerschneidung verkehrsarmer Räume führen, wie z.B. der Bau von Verkehrsstrassen, tragen eher überregionalen Charakter und stehen nur sekundär mit demografischen Trends im Zusammenhang. Gleichwohl kann der Bevölkerungsrückgang in der Peripherie zusätzliche Chancen zum Erhalt verkehrsarmer und unzerschnittener Räume bieten.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie kann weiterer Zersiedlung entgegengewirkt werden?
- Wie kann bei einem möglichen Rückzug der Landwirtschaft aus der Fläche die Kulturlandschaft erhalten werden?

## **Stadtentwicklung, Stadtumbau und Siedlungsstruktur**

Unabhängig von Bevölkerungswachstum, -rückgang oder -alterung haben Städte als zentrale Orte auch in Zukunft eine Ankerfunktion mit ihrem Versorgungs-, Dienstleistungs-, Bildungs- und Infrastrukturangebot. Durch Bereitstellung von Flächen, Vorhalten von Infrastrukturen und Gestaltung von Stadtbildern prägen die Städte harte und weiche Standortfaktoren entscheidend mit und schaffen damit positive Rahmenbedingungen für privatwirtschaftliches Engagement.

Unter den Bedingungen des weiteren Bevölkerungsrückganges steht Stadtentwicklung dabei vor den Aufgaben,

- im Rahmen des Stadtumbaus die stadträumlichen Folgen der Bevölkerungsverluste z. B. durch Abriss dauerhaft nicht mehr benötigter Gebäude so zu mildern, dass keine städtebaulichen Missstände entstehen,
- gleichzeitig durch Erhöhung der Attraktivität der Stadt im Rahmen des Stadtumbaus, der Stadterneuerung oder der Stadtteilentwicklung weiterer Abwanderung entgegenzuwirken und
- bei sich insgesamt ausdünnender Infrastrukturausstattung die Versorgung für die jeweiligen Einzugsbereiche weiterhin zu gewährleisten.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Wie kann bei der Gemeindeentwicklung eine stärkere Orientierung auf innerstädtische Flächenpotentiale erreicht werden?
- Wie kann die gemeindliche Wirtschaftsförderpolitik in ihrer Effizienz erhöht werden?
- Wie kann ein Lastenausgleich zwischen Infrastruktur anbietenden zentralen Orten und von Suburbanisierung profitierenden Umlandgemeinden organisiert werden?
- Wie muss ein zukünftiges Zentrale-Orte-System im Hinblick auf Anzahl, Stufen und Ausstattungsmerkmale aussehen, das sowohl der demografischen und fiskalischen Situation im Lande als auch den Versorgungsansprüchen aus der Region gerecht wird?
- Wie kann eine adäquate Finanzausstattung der Zentralen Orte sichergestellt werden?

Darüber hinaus sind Lösungen für die Leerstandswohnungen zu finden, die dauerhaft nicht mehr benötigt, aber auf absehbare Zeit im Rahmen des Stadtumbaus nicht rückgebaut werden können.

## **Verkehr und Kommunikation**

Die Aufrechterhaltung eines funktionsfähigen Verkehrsnetzes ist eine der wichtigsten Entwicklungsvoraussetzung für das Flächenland Brandenburg. Die verkehrliche Verbindung der Zentren untereinander, die Anbindung der Zentren an den Metropolenraum Berlin und an das übergeordnete Verkehrsnetz ist eine Grundvoraussetzung für die Landesentwicklung.

Die Nachfrage nach Verkehrsleistungen in den von Bevölkerungsrückgang geprägten Räumen ist tendenziell rückläufig. Damit

- geraten die ÖPNV-Leistungen z. B. für den Schülerverkehr oder zur Sicherung der Mobilität der älteren Bevölkerung zunehmend an die Grenzen ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit,
- wird zunehmend im ballungsfernen und ländlichen Raum eine erhöhte individuelle Mobilität notwendig – das private Auto bleibt Hauptverkehrsmittel,
- tritt die Frage der Erreichbarkeit von Diensten und Orten zunehmend in den Vordergrund.

Dem demografiebedingten verkehrsträgerspezifischen Rückgang von Verkehrsleistungen stehen jedoch andere Tendenzen gegenüber, die im Bereich des grenzüberschreitenden Verkehrs im Zuge der EU-Osterweiterung zu einem merklichen Verkehrszuwachs insbesondere auf den Transitstrecken bzw. den transeuropäischen Netzen führen werden.

Die persönliche Kommunikation in Verbindung mit der Inanspruchnahme von Versorgungsdienstleistungen ist besonders in dünn besiedelten Regionen mit der Erzeugung physischer Verkehre verbunden. Diese Verkehre werden künftig in vielen Fällen durch IT-gestützte Kommunikation abgelöst. Die Nutzung von e-government, e-learning oder auch e-health wird für die Bürger schon bald zum Alltag gehören. Andere dünn besiedelte Gebiete, wie z.B. Teile von Finnland haben mit diesen Formen moderner Kommunikation und Dienstleistungen bereits gute Erfahrungen gemacht.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Berücksichtigen die Ausbau- und Sanierungsplanungen für Bundes- und Landesstraßen sowie für den Schienen-Personenahverkehr die langfristige Bevölkerungsentwicklung?
- Inwieweit sind die Förderkriterien für Kreis- und Kommunalstraßen der zu erwartenden regionalen Entwicklung der Bevölkerung anzupassen?
- Welche Ortsumgehungen im Zuge von Bundes- und Landesstraßen, für die der Bedarf festgestellt wurde, sind aufgrund der finanziellen Situation im Bundes- und Landeshaushalt vordringlich zu realisieren, um dem negativen Trend in der demografischen und wirtschaftsstrukturellen Entwicklung entgegen zu wirken und die Chancen, die sich aus der EU-Osterweiterung ergeben, für das Land Brandenburg optimal zu nutzen?
- Wie kann bei insgesamt rückläufiger Nachfrage und sich reduzierenden Finanzierungsspielräumen eine ausreichende ÖPNV-Versorgung in peripheren Regionen sichergestellt werden?
- Welche Möglichkeiten zur Substitution von physischen Verkehren durch IT-gestützte Kommunikation zeichnen sich derzeit ab?

## **Verwaltungsstruktur und Verwaltungsmodernisierung**

Die sich verstärkende Disproportion der Bevölkerungsdichte zwischen engerem Verflechtungsraum und äußerem Entwicklungsraum bis 2020 könnte Differenzierungen in der Aufgabenerfüllung zur öffentlichen Daseinsvorsorge bewirken - einerseits überproportionale Belastung der gegenwärtigen Verwaltungsstruktur, andererseits eine weitere Reduzierung der Stellen in der Kommunalverwaltung.

Die nachfolgenden Wirkungen werden erwartet:

- Bevölkerungsrückgang insbesondere im äußeren Entwicklungsraum mit zeitgleicher Veränderung der Bevölkerungsstruktur erfordern eine Anpassung des Aufgabenspektrums - weniger Jugendliche, aber mehr ältere Bürger sind mit öffentlichen Gütern zu versorgen.
- Die finanziellen Verpflichtungen zum Erhalt einer leistungsfähigen Infrastruktur werden die Kommunen bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung zunehmend vor Probleme stellen – mögliche Einschränkungen kommunaler Dienste bis hin zu deren Aufgabe können die Attraktivität und die Lebensqualität in Regionen mit rückläufiger Bevölkerungsentwicklung schmälern.
- Die zentralen Orte bzw. die großen und mittleren kreisangehörigen Städte insbesondere im äußeren Entwicklungsraum werden durch den starken Bevölkerungsrückgang an Leistungskraft, Attraktivität und auch an Möglichkeiten der klein- und großräumig wirksamen Funktionswahrnehmung einbüßen.
- Mit einer Ausnahme liegen die 23 nach der Gemeindegebietsreform verbliebenen Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern im äußeren Entwicklungsraum. Der Bevölkerungsrückgang wird bereits im Prognosezeitraum die Frage der ausreichenden Leistungsfähigkeit dieser Kommunen stellen.
- Die zu erwartende demografiebedingte Verknappung der finanziellen und materiellen Ressourcen bei der Wahrnehmung der kommunalen Aufgaben erfordert eine effektivere Nutzung der vorhandenen Potentiale durch eine Intensivierung der Gemeinschaftsarbeit nach dem Gesetz zur kommunalen Gemeinschaftsarbeit (GKG).

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Ist die bestehende Kreisstruktur (Landkreise, kreisfreie Städte) auch bei Bevölkerungsrückgang noch ausreichend leistungsfähig? Sind vergleichbare Verwaltungsstandards in den unterschiedlich dicht besiedelten Räumen gewährleistet?
- Sind die e-Government-Projekte von Land und kommunaler Ebene ausreichend aufeinander abgestimmt?
- Wie werden Parallelentwicklungen bei e-Government vermieden ohne Eigeninitiative zu bremsen?
- Wie werden bei der laufenden Verwaltungsmodernisierung die Änderungen der Struktur und der regionalen Verteilung der Bevölkerung berücksichtigt?

### **Länderüberschreitende Zusammenarbeit**

Brandenburg hat Grenzen zu fünf Ländern der Bundesrepublik Deutschland und zur Republik Polen. Die intensivsten Beziehungen unterhalten das Land Brandenburg und seine Bewohner aufgrund der vielfältigen Verflechtungen mit Berlin. Die Beziehungen zur Republik Polen werden sich mit der EU-Osterweiterung im Mai 2004 erheblich verstärken. Zugleich wird sich die länderüberschreitende Kooperation mit allen Nachbarn durch die demografische Entwicklung in Brandenburg quantitativ und qualitativ verändern.

- Die Zuwanderung aus Berlin in den Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraumes
  - vergrößert die Zahl der Berufspendler und
  - erhöht die Anforderungen an die Verkehrsinfrastruktur in Brandenburg und Berlin.
- Der Einwohnerrückgang im äußeren Entwicklungsraum
  - führt zu einer veränderten räumlichen Struktur öffentlicher und privater Dienstleistungen,
  - des Angebots mobiler und IT-gestützter Dienstleistungen und führt zu einem
  - weiterem Leerstand von Häusern und Wohnungen.
- Die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen führen zu verstärkter regionaler Arbeitsteilung zwischen industrienahen Dienstleistungen und Produktion
- Der Rückgang der Einnahmen der öffentlichen Haushalte zwingt zur Anpassung von Verwaltungs- und Versorgungsangeboten (Abbau oder Optimierung)
- Der Bevölkerungsrückgang an der Oder führt zu mangelnder Auslastung des Wohnungsangebotes sowie der technischen, sozialen und Bildungs-Infrastruktur

Die erforderlichen Anpassungsstrategien für Verwaltung und Dienstleistungen können in Anbetracht der demografischen Entwicklung – besonders für die grenznahen Räume - nicht mehr ohne die Nachbarn entwickelt werden. Daher ist für alle Politikbereiche zu prüfen, welche Planungen in gemeinsamen Verwaltungen oder Gremien (ähnlich der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung und der Landesplanungskonferenz) institutionalisiert werden müssen. Mögliche Synergieeffekte sind aufzuspüren und die Auslastungsgrade aller Versorgungseinrichtungen zu optimieren.

Für diesen Bereich sind u.a. folgende Fragen zu klären:

- Gibt es Überschneidungen in den Einzugsbereichen der Zentralen Orte Brandenburgs und seiner benachbarten Bundesländer und in Polen?
- Welche möglichen Synergieeffekte in der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern, u.a. solche zur Optimierung der Auslastungsgrade von Versorgungseinrichtungen, werden noch nicht genutzt?
- Durch welche Maßnahmen kann die Berliner Politik in die Mitverantwortung für die Entwicklung der gesamten Region Brandenburg-Berlin genommen werden?
- Welche Fachplanungen können – ähnlich der Gemeinsamen Landesplanung – als länderübergreifende Fachplanung institutionalisiert werden?
- Welche Versorgungsangebote können durch (Mit-)Nutzung durch polnische Bürgerinnen und Bürger besser ausgelastet werden?
- Wie kann der erwartete Fachkräftemangel in der brandenburgischen Wirtschaft durch Zugang oder Tagespendler aus Polen kompensiert werden?
- Sind positive Gegentrends aufgrund der (mittel-, ost-) europäischen Erweiterung und einer damit zusammenhängen zusätzlichen Freizügigkeit der Wohnortwahl (Stichwort: Wanderungsbewegungen) möglich?

## Ausblick

Die demografische Entwicklung im Land Brandenburg ist eingebettet in vergleichbare Entwicklungen der anderen Bundesländer und einiger europäischer Staaten. Allerdings ist die Ausprägung in den neuen Bundesländern besonders stark. Die Entwicklung der Einwohnerzahl in Brandenburg scheint auf den ersten Blick unproblematisch zu sein, da es zahlenmäßig über Jahre eine relative Stabilität gibt. Dies resultiert aber weitgehend aus den Wanderungsgewinnen durch Zuzug aus Berlin. Im äußeren Entwicklungsraum dagegen wird es – neben der zunehmenden Alterung im gesamten Land - einen deutlichen Rückgang der Bevölkerungszahl und räumliche Veränderungen in erheblichem Ausmaß geben. Daher ist auch allen weiteren Betrachtungen die unterschiedliche Entwicklung im Brandenburger Teil des engeren Verflechtungsraums und im äußeren Entwicklungsraum zu Grunde zu legen.

Die prognostizierte Entwicklung der Altersstruktur in Brandenburg ist überwiegend auf Grund historischer Ereignisse vorbestimmt und künftig nur noch in engen Grenzen durch politische Entscheidungen und Maßnahmen beeinflussbar. Bestimmte Entwicklungen, wie z. B. der Anstieg des Durchschnittsalters der Bevölkerung, müssen als Tatsache hingenommen werden. Es hilft nicht weiter, die „Überalterung“ oder gar „Vergreisung“ zu beklagen, sondern man muss sich schon jetzt auf die mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende Situation durch entsprechende Maßnahmen einstellen. Die veränderte Zusammensetzung und die gefährdete Regeneration der Bevölkerung stellt die Politik vor neuartige Herausforderungen:

- Weniger Einwohner bedeuten weniger Wachstumsdynamik und weniger Einnahmen des Landes. Mittel- und langfristig verschärfen die demografisch bedingten Einnahmeausfälle den Konsolidierungsdruck.
- Erhebliche Aufwendungen werden für die Restrukturierung sowohl der oberirdischen als auch der unterirdischen Infrastruktur notwendig.
- Die sozialen Folgen, die sich z. B. in fehlender Alten- und Krankenbetreuung durch Familienmitglieder niederschlagen, müssen durch kommerzielle Angebote oder öffentliche soziale Dienste kompensiert werden.
- Die schulische Versorgung erfordert neue Lehr- und Lernkonzepte.
- Die dünnere Besiedlung insbesondere im ländlichen Raum wird die Bereitstellung nahezu aller Einrichtungen und Maßnahmen der öffentlichen und privaten Daseinsvorsorge deutlich beeinflussen. Um die Grundversorgung in allen Lebensbereichen sicherzustellen, müssen Prozesse in Gang gesetzt werden, die die zur Verfügung stehenden Ressourcen unter sozialräumlichen Kriterien bündeln und steuern. Dazu müssen bestehende Modell-ergebnisse und Forschungsvorhaben ausgewertet und ggf. speziell auf das Land Brandenburg angepasste Forschungsvorhaben umgesetzt werden.
- Die o.g., zum Teil kostenträchtigen, Maßnahmen müssen mit den abnehmenden finanziellen Möglichkeiten in Einklang gebracht werden.

Der mit dem Bevölkerungsrückgang verbundenen Änderungsdruck stellt sich in den Städten des äußeren Entwicklungsraums sehr viel schärfer als im engeren Verflechtungsraum oder den ländlich geprägten Gebieten. Aber auch hier werden dramatische Änderungen zu erwarten sein, da mit der noch weiter zurückgehenden Siedlungsdichte die Tragfähigkeit vieler Einrichtungen zurück zu gehen scheint oder die Einzugsbereiche von Einrichtungen der öffentlichen und privaten Versorgung unübersehbar groß erscheinen.

Es gibt allerdings keinen Grund für übertriebene Ängste. Ein vergleichender Blick in die Skandinavischen Länder zeigt, dass eine ausreichende Infrastrukturversorgung für dünn besiedelte Regionen möglich ist. Selbst Landesteile mit halb so großer Einwohnerdichte wie in der Uckermark sind dort nicht von Versorgung und öffentlichem Leben abgehängt.

Allerdings werden sich die Strukturen der kommunalen und staatlichen Daseinsvorsorge ebenso wie die private Versorgung den veränderten Bedingungen anpassen müssen. Fragen nach der Konzentration des Staates auf seine Kernaufgaben werden auch unter demografischen Aspekten neu zu beantworten sein, und auf jeden Einzelnen kommen Veränderungen bisher „gewohnter“ Lebensmuster zu.

Einige Kommunen und Regionen in Brandenburg haben sich dem Thema bereits gestellt. So erarbeitet die Region Lausitz-Spreewald seit 2002 Anpassungsstrategien für ländlich-periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang im Rahmen eines raumordnerischen Modellvorhabens des Bundes. Andere Erfahrungen im Land zeigen, dass flexible Organisation und mobile Dienstleistungen eine Antwort auf sinkende Einwohnerzahlen sein können.

Im vorigen Kapitel wurden Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dargestellt und ausgewählte Fragen formuliert, welche Schlussfolgerungen im und für das Land Brandenburg daraus gezogen werden müssen. Die Fragen sind keineswegs vollständig und die Antworten werden vielschichtig sein.

Wichtig für die weitere Erörterung des Themas ist jetzt vor allem, dass sich alle der Herausforderung stellen, dass nichts beschönigt oder dramatisiert wird. Es wird keine Patentrezepte geben, die Folgen des demografischen Wandels so zu gestalten, dass das Land Brandenburg lebenswert bleibt. Es wird eine Vielzahl von Maßnahmen geben müssen.

Probleme aufzuspüren, die teilweise noch in weiter Zukunft liegen, Antworten zu finden, Konzepte für Anpassungs- bzw. Änderungsstrategien zu entwickeln, ist Aufgabe aller an einer positiven Entwicklung des Landes interessierten Bürgerinnen und Bürger, von sozialen und gesellschaftlichen Organisationen und von Verwaltung und Politik auf allen Handlungsebenen.

# Anmerkungen

- <sup>1</sup> State of World Population 2002; EUROSTAT/Economic Policy Committee, Budgetary challenges posed by ageing populations, Brussels 2001;

Deutscher Bundestag: Schlussbericht der Enquete-Kommission „Demografischer Wandel –Herausforderungen unserer älter werdenden Gesellschaft an den Einzelnen und die Politik“\* Bt-Drs. 14/8800, Berlin 2002; UNFPA (Ed.), <http://dip.bundestag.de/btd/14/088/1408800.pdf>, <http://www.bpb.de/files/40BER3.pdf>

Interministerielle Arbeitsgruppe des Bundesministerium des Innern, Modellrechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahr 2050, Berlin 2000.

BMVBW, BBR: Modellvorhaben der Raumordnung: "Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern" (Regionen: Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald, Ostthüringen).

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), „Die demografische Bedrohung meistern“, Erste Bausteine zur Erarbeitung eines nationalen integrierten Aktionsplans, Gütersloh, 23. Mai 2003, [http://www.bertelsmann-stiftung.de/documents/Bestandsaufnahme\\_kurz.pdf](http://www.bertelsmann-stiftung.de/documents/Bestandsaufnahme_kurz.pdf)

Demografischer Wandel, Herausforderungen für die Kommunen in Rheinland-Pfalz, Ergebnisprotokoll der 1. Sitzung am 29. März 2003 bei Boehringer Ingelheim, <http://www.zukunftsradar2030.de/images/pdf/Gesamtprotokoll.pdf>

ARL und BBR: Konsequenzen der demografischen Wandels für die räumliche Entwicklung, Planung und Politik. Tagung Juni 2004 in Madgeburg

Demografischer Wandel und Infrastrukturaufbau in Berlin-Brandenburg bis 2010/2015: Herausforderungen für eine strategische Allianz der Länder Berlin und Brandenburg, Gutachten erstellt im Auftrag der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. von Helmut Seitz, Europa-Universität, Frankfurt/Oder, März 2001, <http://www.makro.euw-frankfurt-o.de/Brandenburg/Dokumente/gutachten.pdf>
- <sup>2</sup> Der Wunsch ist das Problem – Bei der Kinderlosigkeit ist Deutschland Weltspitze. Seit dreißig Jahren warnt der Demograf Herwig Birg vor einer Katastrophe, die längst eingetreten ist. Berliner Zeitung, 1.12.03.
- <sup>3</sup> Ergebnisse des 1. Erfahrungsaustauschs "Bevölkerungsrückgang und Infrastruktur - Erfahrungen aus dem In- und Ausland" am 02.12.2002 im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung: "Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern" (Regionen: Mecklenburgische Seenplatte, Lausitz-Spreewald, Ostthüringen).des BMVBW. <http://www.regionale-anpassung.de/Erfahrung.pdf>
- <sup>4</sup> In einer alternativen Berechnung wurden die bereinigten Ausgaben unter der Annahme fortgeschrieben, dass die Globale Minderausgabe (GMA) der Jahre 2004 und 2007 erbracht werden. In dieser alternativen Rechnung beläuft sich der Finanzierungssaldo im Jahr 2020 auf „lediglich“ rd. 740 Mio. €, da dann die Gesamtausgaben degressiv verlaufen werden. Dies unterstreicht eindrücklich die Notwendigkeit, in den kommenden Jahren zu substantiellen strukturellen Entlastungen des Haushaltes zu kommen. Gleichzeitig bedarf es eines deutlicheren gesamtwirtschaftlichen Realwachstums, um die Einnahmesituation aller öffentlichen Haushalte zu verbessern. Das Wachstum muss jedoch ausreichend stark sein, den Einwohnerrückgang zu kompensieren.
- <sup>5</sup> Seitz, a.a.O., S. 23
- <sup>6</sup> Prof. Miegel (Institut für Wirtschaft und Arbeit Bonn) am 18.11.2003 auf dem Unternehmerkonvent des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes (OSGV) in Potsdam.
- <sup>7</sup> Statistisches Bundesamt 2003, 10. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2050